Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung. Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1½ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 331. Freitag den 29. November 1850.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Berlin, 28. November. Die heutige „Deutsche Reform" berichtet: Der Kurfürst von Hessen beabsichtige mit kurhessischen Truppen nach Kassel zurückzukehren, um die Regierung verfassungsmäßig zu übernehmen. Die Rückkehr soll sogleich erfolgen, sobald die fremden Truppen das Land verlassen. Die Intentionen des Kurfürsten sind der preußischen und österreichischen Regierung notifizirt worden. Man versichert, die Zustimmung des Fürsten Schwarzenberg sei bereits in Frankfurt eingetroffen.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Kassel, 26. November, Nachmittags 2 Uhr. Die Regierung hat einen geheimen Ständeausschuß zur Mitwirkung bei der Verwaltung des Schatzes und Emission von Staatspapieren ernannt.

(Die Berlin-Aachener Linie ist gestört, weshalb die bereits fälligen Depeschen aus Paris, Amsterdam und London noch nicht eingegangen sind.)

Paris, 25. November, Abends 9 Uhr. Nach Metz und Luneville sind 6 Regimenter abgesendet worden. Die niedergesetzte Kommission für den Kredit zur Rüstung, hat sich für die Neutralität Frankreichs ausgesprochen. — Berryer meinte: die Armee müsse jede Devastion Frankreichs hindern.

Legitimisten und Orleanisten vertheidigen die Politik Oesterreichs. Die Repräsentanten des Elysees wollen, daß der Bericht die Neutralitätsfrage mit Stillschweigen übergehe.

Die „Assemblée Nationale" und die „Gazette de France" sind von der Anklage der Beleidigung des Präsidenten freigesprochen worden. (S. den ausführlichen Bericht unter Frankreich.)

Paris, 25. November, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57. 5% 92, 05.

(Diese Depesche ist wegen Störung auf der Berlin-Aachener-Linie verspätet eingetroffen.)

Uebersicht.

Breslau, 28. Novbr. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer machte der Präsident die Mittheilung, daß die Adreß-Kommission in ihren Arbeiten durch einen zweitägigen Aufschub, der von den Ministern verlangt worden sei, aufgehalten worden sei. Der Minister-Präsident eröffnete sodann, daß er noch am selben (Mittwoch) Abende der Kommission die nöthigen Aufschlüsse geben werde. Außer einigen minder wichtigen Gesetz-Entwürfen wurde der Kammer ein Gesetz-Entwurf wegen Feststellung des Staatshaushalts für 1851 und in Betreff der Verantwortlichkeit der Minister vorgelegt.

Statt der Abreise des öster. Gesandten ist die Abreise des Ministers v. Manteuffel von Berlin erfolgt. Derselbe begiebt sich nach Oderberg oder Olmütz, um sich mit dem öster. Premier-Minister Schwarzenberg über die Räumung Kurhessens oder, wie die ministerielle **C. C.** meldet, über die freien Konferenzen zu verständigen. Schon hieraus kann man schließen, daß es zu einer Verständigung mit Oesterreich gekommen ist, welches auch aus dem Umstand gefolgert werden kann, daß sich das Ministerium endlich entschlossen hat, der Adreßkommission Auskunft über den Stand der Verhandlungen zu geben. Dies würde nicht geschehen, wenn nicht schon bestimmte Thatsachen vorlägen. Minister v. Manteuffel hat zur Konferenz mit Schwarzenberg bestimmte schriftliche Instruktionen, die in einer Ministerberathung vom 25. November in Sanssouci gefaßt wurden, mitgenommen. Unsere Berliner Korrespondenten folgern aus den vorliegenden Daten: daß Preußen in die Räumung Kurhessens willige gegen das Zustandekommen der freien Konferenzen und für das Unirungs-Recht. Das hieße so viel als Preußen opfere sein ganzes Ansehen und seine Autorität als Großmacht und gebe sich **vollständig in die Gewalt Oesterreichs, falls österreichische oder baierische Truppen Kurhessen bis zur hannoverschen Grenze besetzen und dadurch vollständig die Rheinprovinzen von den östlichen Preußens abschneiden.** Es opfere mit einem Worte Alles, um Nichts zu gewinnen. Denn aus den freien Konferenzen dürfte ersichtlich nichts Erhebliches entspringen, wenn man auf die langen, vergeblichen bisherigen Verhandlungen zurückblickt; und das Unirungsrecht? Wer wird sich mit Preußen jetzt uniren?

Die bedeutende Kammerfraktion der Rechten, Geppert-Bodelschwingh, hat als Hauptpunkte ihres politischen Programms folgende aufgestellt: 1) Kurhessen wird nicht geräumt; 2) es findet keine Exekution von Bundestruppen gegen Schleswig-Holstein statt; 3) die Gestaltung des weiteren Bundes muß der Zustimmung der Kammern unterliegen. — Unter diesen Umständen ist eine Adresse zu erwarten, welche die allgemeine Stimmung des gesammten preußischen Volkes ausdrückt.

General Holleben ist von Berlin nach Wilhelmsbad zum Kurfürsten abgereist, um ihn zur Rückkehr nach Kassel zu bewegen.

Die freien Konferenzen sollen nächstens in Dresden eröffnet werden. Graf Alvensleben (der frühere Minister) wird als Bevollmächtigter Preußens bezeichnet.

Der Herzog von Koburg-Gotha soll in Berlin ernstlich auf das Beginnen der Feindseligkeiten gedrungen haben. Seine Bemühungen waren vergeblich. Er ist bereits wieder abgereist.

Die Kreuzzeitung will erfahren haben, daß in etwa 8 Tagen eine Vertagung der Kammern auf 30 Tage eintreten dürfte. — Dann soll der Abschluß einer englischen Anleihe den Kammern zur Genehmigung vorgelegt werden.

Dauert die Besetzung Kurhessens durch die Baiern noch einige Zeit fort, so ist dieser Staat ruinirt. Viele wohlhabende Familien in Fulda und Hanau sind durch die Einquartierungen schon an den Bettelstab gebracht.

In München wird absichtlich das Gerücht verbreitet: Preußen habe sich mit Frankreich verbündet. In Berlin suchte man dieser Tage gerade das gegentheilige Gerücht zu verbreiten, nämlich Frankreich beabsichtige eine Intervention gegen Preußen. Ob Beides zu Gunsten Oesterreichs geschehen ist?

Von der polnischen Grenze meldet man uns, daß weit und breit keine russischen Truppen zu erblicken seien. Alles, wie wir es bereits vor einigen Tagen angedeutet haben. Die Verständigung mit Oesterreich ist erfolgt.

Am 24. und 25. Nov. haben sich die blutigen Konflikte zwischen bairischen und preußischen Truppen zu Frankfurt a. M. wiederholt. Die Rohheit und die Neckereien der Baiern waren Ursache dieser Streitigkeiten.

Zu Dresden hat der Minister Beust am 26. Nov. in der zweiten Kammer in Folge einer Interpellation erklärt: Sachsen rüste für Aufrechthaltung der Bundesverfassung, welche Sachsens Selbstständigkeit garantire. — In der Kammer gab sich große Unzufriedenheit wegen dieses Schrittes der Regierung kund.

An der böhmisch-schlesischen Grenze häufen sich immer mehr österreichische Truppen. Am 24. Nov. erschien in Friedland 1 Batterie, Kavallerie soll nachfolgen. Am 19. und 20. rückten in die Umgegend von Reichenberg, 1 Jäger-Bataillon und 1 Regiment Kroaten. Am 21. sollte ein Regiment Dragoner nachfolgen. In Hohenelbe war am 25. ein Bataillon, und an der Grenze des Löwenberger Kreises ein Jäger-Bataillon.

Breslau, 28. November.

Die Finanzen Oesterreichs.

I.

Die in Oesterreich gefahrvoll drohende Finanzkrise wird bei ihrem Ausbruch auf alle Verkehrsverhältnisse, selbst unsers Landes, von nachhaltiger Wirkung sein und insofern erscheint es uns zeitgemäß, dem Publikum durch Darstellung der Finanzlage Oesterreichs die Einsicht in die dortigen Verhältnisse zu gewähren und ihm die Möglichkeit zu eröffnen, selbst über die Unausbleiblichkeit oder die Vermeidlichkeit des Staatsbankerutts zu urtheilen.

Die Staatsschulden Oesterreichs befinden sich seit 1740, in welchem Jahre sie die Summe von kaum 12 Millionen Gulden erreichten, in fortwährender Steigerung.

Im Jahre	1755	betrugen dieselben	118	Millionen Gld.
„	1763	„ „	272	„
„	1768	„ „	252	„
„	1771	„ „	293	„
„	1777	„ „	253	„
„	1784	„ „	292	„
„	1788	„ „	336	„
„	1793	„ „	377	„
„	1796	„ „	410	„

(1 Gulden = ⅔ Thlr. pr. Crt.)

Diese Schuld war eine fundirte, zumeist durch negozirte Anlehen gegründete, verzinsliche und durch Tilgungsfonds ablösbare. Die enorme Höhe, zu welcher sie gesteigert worden, ist allerdings, wenn auch nur zum Theil, durch die vielen Kriege Oesterreichs, ebenso wie in Betracht des Umstandes, daß Oesterreich unendlich viel zur Hebung des Volkswohlstandes gethan, erklärlich und entschuldbar. Die Art ihrer Begründung war eine rechtliche. Die dafür durch das Staatsvermögen und die Staatseinnahmen gebotene Sicherheit war eine ausreichende, und darum war der Staatskredit, wenn gleich nicht ungeschwächt, so doch nicht erschüttert.

Mit dem Jahre 1797 beliebte man jedoch die Emittirung ungeheurer Summen Papiergeldes, ohne dafür einen Realisationsfond zu hinterlegen. Die Ausgabe von Papiergeld ist nach den geschichtlichen Erfahrungen nur aus Rücksicht der Bequemlichkeit, im Interesse und zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs zu billigen; aber auch dann nur in dem einzigen Falle, wenn die Werthe, welche durch das ausgegebene Papier vertreten sind, vorhanden und dadurch der Emittent jederzeit in der Lage ist, den Inhabern des Papieres für dasselbe die Valuta, d. i. den Werth selbst zu gewähren.

Diese unerläßlichen Bedingungen fehlten alle für das österreichische Papiergeld. Der Zweck der Ausgabe war der österreichischen Regierung nur, Geld auf die billigste Weise, zu den billigsten Zinsen zu bekommen. Kein anderes Interesse waltete vor. Eine Fundirung der Werthe fand nicht statt, wenn gleich anfänglich ein Theil in Barren niedergelegt wurde. Und doch hatte das Papier geregelten Geldumlauf, weil man der Redlichkeit der Regierung vertraute, weil Oesterreich Kredit hatte.

Die Leichtigkeit der Ausführung verleitete die Regierung zu grobem Mißbrauch dieses Rechts. Während der Papiergeldumlauf im Jahre 1797 nur noch 74,228,960 Gld. betrug, hatte er 1805 bereits die Summe von 377,126,245 Gld. erreicht.

Die Folgen dieser Art der Finanzwirthschaft waren die unausbleiblichen. Wie im Kleinen so im Großen. Mit dem Fallissement eines Kaufmanns verglichen, war der durch Patent vom 20. Februar 1811 erklärte Staatsbankerutt Oesterreichs ein aus grober Fahrlässigkeit herbeigeführter.

Vertrauensvoll ward an jenem Tage dem Volke von Oesterreich durch seine Regierung kund gethan, wie es mit seinen Finanzen stehe und was nun geschehen werde.

Die Schuldenlast hatte die enorme Höhe von 658,224,038 Gulden mit einem jährlichen Zinsenerforderniß von 39,755,868 Gulden erreicht und daneben befanden sich noch 1,060,798,000 Gulden Papiergeld in Umlauf. Ein Ergebniß, wie es die trübsten Befürchtungen des Volkes kaum geahnt. Ueber die Verwendung verlautete kein Wort.

Zur theilweisen Abbürdung dieser Schuldenlast wurde durch die Regierung das Papiergeld auf den fünften Theil seines Werthes, auf 212,159,760 Gld., der Gulden auf 12 Kreuzer (20 Sgr. auf 4 Sgr.) reduzirt. Zu Deutsch: der Kaiserstaat akkordirte mit 20 Prozent.

Der Staatsbankerutt, so ausgeführt, wie der österreichische, ist im Grunde die ungerechteste indirekte Steuer, zum Theil im Auslande erhoben. Ist der Staatsbankerutt da, so darf auch, will man nicht jedem Rechtsgefühl Hohn sprechen, der Verlust nur gleich auf das ganze Land vertheilt werden; es muß eine gesetzliche Liquidation eintreten. Die österreichische Regierung hat aber, wie erwähnt, mit Hintenansetzung alles dessen die erwähnte andere Maßregel beliebt. Hatte sie einen Grund dazu? Kurzweg, nein! Sie wählte die leichteste Art, sich ihrer Last zu entäußern.

Die verzinsliche Staatsschuld wurde durch das Patent zwar nominell nicht verringert, indessen wurde sie doch mittelbar dadurch auf die Hälfte herabgesetzt, daß die Zinsen auf ihren halben Betrag reduzirt wurden.

Dagegen versprach die Regierung, kein Papiergeld außer der betreffenden Summe von 212,159,760 Gld., nunmehr „Einlösungsscheine" genannt, auszugeben.

Und dieser einzige Punkt des Patentes, welchen die Regierung gegenüber dem fast unerschwinglichen Opfer der Nation einsetzte, wurde von ihr nicht gehalten.

Durch die Patente vom 1. Mai und 25. Juli 1817 folgte der abermalige Staatsbankerutt und es ergab sich, daß bereits 610,095,930 Gld. Papiergeld im Umlauf waren, die Papiergeldvermehrung also entgegen dem dafür verpfändeten kaiserlichen Ehrenworte um 387,936,170 Gld. innerhalb 6 Jahren stattgefunden hatte.

Diese Patente boten verschiedene Conversionsmodalitäten, die sich schließlich auf das Verhältniß von $2\frac{1}{2}:1$ zurückführen lassen: Man empfing für 250 Gulden alten Papiergeldes (Wiener Währung) 100 Gulden neuen Papiergeldes (Banknoten). Für das neue Papier ward ein Fonds von 10 Mill. Gulden Silber, also kaum $\frac{1}{9}$ der Gesammtsumme bei der neu gegründeten Nationalbank deponirt und zugleich verzichtete die Regierung auf das Recht Papiergeld zu emittiren und übertrug solches der National-Bank, den nun alleinseligmachenden Institut des Staates. Hierauf kommen wir noch zurück.

Hatte also Jemand im Jahre 1810 ein Vermögen von 2500 Gulden in Papiergeld, so war solches bis 1818 durch die beiden Staatsbankerutte auf 200 Gulden geschmolzen.

Machen wir uns nun die Resultate der beiden Staatsbankerutte anschaulich, so ergiebt sich, daß durch diese Gewaltmaßregeln die Staatsschuld um 2,066,268,595 Gld. verringert worden. Denn:

1)	die Herabsetzung von Bankozetteln in Wiener Währung 1,060,798,800 Gld. auf 20 pCt. verminderte den Nominalbetrag um	848,639,040 Gld.
2)	die des Kupfergeldes, 330 Mill. auf 20 pCt. um	264,000,000 Gld.
3)	die Herabsetzung der Wiener Währung auf 250, also deren Umlauf von 638,715,925 Gld. um	383,292,555 Gld.
4)	die Herabsetzung von 713 Millionen Staatsschuldverschreibungen auf die Hälfte der Interessen verminderte das Kapital um	336,500,000 Gld.
5)	die Herabsetzung der W. W. die Zinsenvaluta auf 250 per 100, also thatsächlich das Kapital nochmals um .	213,900,000 Gld.
	im Ganzen	2,066,268,595 Gld.

Um diese ungeheure Summe war der Kaiserstaat nicht reicher, aber das Volk ärmer geworden. Was und ob es ihm etwas genützt, wird die folgende Darstellung zeigen. Die Zahlen werden allein sprechen.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Fünfte Sitzung vom 27. November.

Der Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung 1¼ Uhr. Das Publikum hat sich nicht zahlreicher als bisher eingefunden. Auf der Ministerbank nehmen die Herren v. Rabe, Simons, von der Heydt, v. Stockhausen Platz. Später erscheint auch Herr v. Ladenberg. Nachdem das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen und angenommen ist, kündigt der Präsident den Eintritt mehrerer neuer Mitglieder an und weist sie den verschiedenen Abtheilungen zu.

Das Präsidium der Ersten Kammer hat der Geschäftsordnung gemäß die erfolgte Konstituirung in einem Schreiben angezeigt, das zur Verlesung gebracht wird. Bevor der Präsident zu der für heute angesetzten Beeidigung der neu eintretenden Abgeordneten vorschreitet, bemerkt er, daß die Beamten darunter von diesem Eide wohl zu entbinden sein würden, indem sie bereits als solche die Verfassung beschworen haben, eine Ansicht, welche von dem Abgeordneten Herrn Möcke, der den Namen Gottes nicht mißbraucht sehen will, ausdrücklich unterstützt und von der Kammer getheilt wird. Die Beeidigung wird daher bis morgen ausgesetzt, damit die einzelnen Abgeordneten sich inzwischen benennen, welche Staatsämter bekleiden.

Die bisherige Thätigkeit der Adreßkommission betreffend, die in ihren Sitzungen und Arbeiten durch den Mangel hinreichender Vorlagen über den Stand der auswärtigen Verhandlungen aufgehalten worden ist, **so erklärt der Ministerpräsident Herr v. Ladenberg auf Veranlassung der betreffenden Mittheilung, daß das Ministerium bereit sei, der Adreßkommission heute Abend die verlangten Aufklärungen zu geben.**

Der Ministerpräsident Herr v. Ladenberg meldet das Einbringen dreier Gesetzentwürfe an. Sie betreffen Artikel 68 der Verfassungsurkunde, welche die Mitgliederzahl der Kammern feststellt, und ein Wahlgesetz für die Erste und Zweite Kammer für die hohenzollernschen Fürstenthümer. Der Herr Ministerpräsident empfiehlt diese Gesetzentwürfe der beschleunigten Erledigung und sie sollen nach der Bemerkung des Kammerpräsidenten sofort gedruckt werden. Zu ihrer Begutachtung soll eine besondere Kommission zusammentreten, die morgen von den Abtheilungen ernannt wird.

Ferner legt der Finanzminister Hr. v. Rabe den **Gesetzentwurf des Staatshaushalts-Etats für die nächste Periode nebst den Abweichungen von dem bisherigen Etat auf den Tisch des Hauses nieder.** Die Spezial-Etats sind ebenfalls zum Theil schon gedruckt, zum Theil bereits unter der Presse. Außerdem bringt der Finanzminister einen Gesetz-Entwurf über die Erwerbung der vollständigen Landeshoheit der Stadt Lippstadt ein, welche bis jetzt zwischen Preußen und dem Fürstenthum Lippe getheilt war. Die Abtretung an Preußen soll gegen eine dem bisherigen Ertrage entsprechende Rente erfolgen. Der Gesetzentwurf wird der vereinigten Justiz- und Finanzkommission zur Berichterstattun überwiesen.

Endlich übergiebt der Justizminister Hr. Simons der Kammer den Entwurf eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister.

Nachdem diese Vorlagen verschiedenen Kommissionen überwiesen sind, theilt der Präsident das Ergebniß der Wahlen mit, durch welche das Haus seine sämmtlichen Kommissionen erneuert hat.

Unter den ferneren Wahlen, die sodann zur Prüfung kommen, giebt abermals der Tobe'sche Fall Veranlassung zu einer Erörterung. Der Justizminister Herr Simons bestätigt zwar im Verlaufe der Diskussion, daß der Abg. Tobe bei der Veränderung seiner Stellung im Justizdienste ein neues Patent erhalten habe; indessen verneint der Abg. Herr Wenzel, daß Herr Tobe durch seine Bestallung als Kreisgerichtsdirektor auch wirklich ein neues Amt erhalten habe, so daß also der vorliegende Fall gar nicht unter die Bestimmungen der Verfassungsurkunde zu bringen sei, nach welchen eine Neuwahl vorgeschrieben werde. Der Herr Justizminister bezeichnet die Stellung der Land- und Kreisgerichtsdirektoren ausführlich und erklärt sich schließlich für die Ansicht, daß es ein neues Amt sei, welches Hr. Tobe übernommen. Auf die Aufforderung des Vicepräsidenten Hrn. Ed. Simson giebt der Justizminister auch noch die bestimmteste Auskunft über die Gehaltsregulirung der Land- und Kreisgerichtsdirektoren, worauf Hr. Simson die Tobesche Angelegenheit der ersten Abtheilung zur abermaligen Begutachtung zurückzugeben beantragt, indem sich im Verlaufe der Debatte verschiedene neue Momente herausgestellt haben. Das Haus entscheidet sich dem Simson'schen Antrag gemäß.

Nachdem über die übrigen Wahlen den Anträgen der Abtheilungen gemäß entschieden worden ist, schließt der Präsident gegen 2½ Uhr die heutige Sitzung und kündigt die nächste auf morgen 1 Uhr an. Tagesordnung: Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über den Pochhammer'schen Antrag, welcher die für die Prüfung des Staatshaushalts zu ernennenden Kommissionen betrifft.

Berlin, 27. Nov. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kreisgerichts-Rathe Weymar zu Ellrich den rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Maurergesellen Johann Wilhelm Binder zu Goldbach, Kreis Züllichau-Schwiebus, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. — Die Wahl des bisherigen Lehrers an dem Dom-Gymnasium zu Halberstadt, Dr. Otto Gloël, zum Quartus an dem Dom-Gymnasium zu Merseburg ist genehmigt und bestätigt worden.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Fürst Heinrich LXVII. zu Reuß-Schleitz, nach Dalwitz.

[Die Berechtigung der preußischen Intervention in Kurhessen.] Unter diesem Titel ist in Berlin bei Schneider u. Comp. eine kleine Brochüre erschienen, welche in (wahrhaft) klarer und präciser Sprache das Recht Preußens erweist, der Exekution des sogenannten Bundestags in Kurhessen entgegen zu treten. Der Verfasser sagt, es handelt sich dabei nicht um Hessen und das Recht oder Unrecht der kurhessischen Regierung und der Stände-Versammlung, sondern einzig darum, **ob Preußen, die deutsche und europäische Großmacht, es ruhig ansehen soll, daß eine Privatkonferenz von Diplomaten einiger deutschen Staaten, bei welcher Preußen mit allen seinen deutschen Bundesgenossen nicht betheiligt ist, die Befugnisse der ehemals bestandenen, die Gesammtheit aller deutschen Staaten repräsentirenden höchsten Gewalt in Deutschland ausübt. Selbst in dem Falle, daß der Bundestag noch wirklich bestände, müßte Preußen gegen die verfügte Bundesexekution in Kurhessen auftreten, da sie weit über das Recht hinaus greift, welches das Bundesgrundgesetz: die Wiener Schlußakte Art. XXVI., der Bundesversammlung zuschreibt. Dieser bestimmt, „daß die einzelnen Regierungen die Hülfe des Bundes zur Wiederherstellung der Ordnung in ihren Staaten erst dann anrufen und erhalten sollen, wenn dieselben alle verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel zu diesem Zwecke vergeblich erschöpft haben." Dies ist von der kurhessischen Regierung nicht beachtet, sondern mit Hintansetzung des Art. 154 der kurhessischen Verfassungs-Urkunde, welcher für den Fall, daß zwischen der Regierung und den Stän, den über die Auslegung der Verfassung und der für Bestandtheile derselben erklärten Gesetze Streitigkeiten entstehen, ein Kompromißgericht anordnet, sofort die Hülfe des Bundes angerufen.** „Demnach — schließt das Schriftchen — befindet sich der auferstandene Bundestag in dem Dilemma, daß entweder das alte Bundesrecht noch in voller Wirksamkeit besteht und dann ist sein Exekutions-Beschluß gegen Hessen nach eben diesem Bundesrecht nichtig und seine Ausführung eine rechtswidrige Gewaltthat; oder aber die bundesgesetzlichen Bestimmungen gelten nicht mehr, und dann haben die Herren im Taxis'schen Pallast überhaupt nichts zu beschließen, und am wenigsten eine Exekution zur **Durchführung des revolutionärsten Verfassungsbruches, den Deutschland bis jetzt erlebt hat. Möge Preußen begreifen, daß die Ausübung gewisser, großer politischer Rechte eine heilige Pflicht ist, der man nicht großmüthig entsagen kann und darf.** (C. C.)

§§ Berlin, 27. Novbr. [Die Reise des Herrn von Manteuffel nach Oderberg. — Das Programm der Centrumspartei in der II. Kammer.] Der Minister des Innern und Auswärtigen, Herr von Manteuffel, ist diesen Morgen nach Oderberg abgereist. Es ist dies in Folge eines gestern unter dem Vorsitz Sr. Majestät abgehaltenen Conseils geschehen, wo die österreichische Forderung in Betreff der Räumung Kurhessens Gegenstand der Berathung war. Daß Herr v. Manteuffel in Oderberg, oder wie andere sagen, in Olmütz mit dem Fürsten Schwarzenberg zusammentreffen soll, und Herr v. Prokesch seine Vorbereitungen zur Reise wieder eingestellt hat, so kann man schon daraus auf das Resultat jener Sitzung schließen. Es scheint in der That beschlossen worden zu sein, die Räumung Kurhessens zuzugestehen, wenn Oesterreich dafür die freien Konferenzen und

das freie Unirungsrecht zugestehen will*). Zugeständnisse dieser Art sind von Oesterreich, und wenn auch noch nicht formell, so doch vorläufig gemacht worden, damit wäre also die Basis gewonnen, auf der Herr v. Manteuffel die mündlichen Unterhandlungen jetzt leiten wird. Die N. Preuß. Zeitung, welche seit einigen Tagen fast allein die Regierungsnachrichten bringt, — die Deutsche Reform scheint in Ungnade gefallen, — gesteht die Räumung Kurhessens fast unbedingt zu und verlangt nur, daß die Regierung sich von Oesterreich noch einige erhebliche Konzessionen machen lasse, was, sagt sie nicht, man darf auch annehmen, daß es der N. Preuß. Zeitung nicht sonderlich Ernst damit ist. (S. unten.) Unsere Hoffnung ist nun die, daß das persönliche Erscheinen des Herrn v. Manteuffel dem Fürsten Schwarzenberg das Maß der preußischen Nachgiebigkeit vielleicht als ein so unbegrenztes erscheinen läßt, daß der österreichische Minister noch untraktabler als zuvor wird und selbst Herrn v. Manteuffels Willfährigkeit diese Prüfung nicht übersteht. Ein anderes Zeichen, daß Oesterreich einige Konzessionen gemacht, dürfte in der von Herrn **v. Ladenberg der zweiten Kammer gemachten Mittheilung zu finden sein, daß nämlich das Ministerium bereit ist, diesen Abend der Adreßkommission die verlangten Aufklärungen über den Stand der Verhandlungen mit Oesterreich** zu geben. Eine Art fait accompli dürfte demnach vorliegen. Da die Adreßkommission bis diesen Augenblick (8 Uhr) noch zusammen ist, so weiß man noch nichts von dem Resultat. — Die Fraktion Geppert-Bodelschwingh hat gestern Abend ihr Programm festgestellt, dessen Hauptpunkte folgende sind: **1) Kurhessen wird nicht geräumt, 2) Bundestruppen dürfen nicht nach Holstein marschiren, 3) die Gestaltung des weiteren Bundes muß von der Zustimmung der Kammern abhängig gemacht werden.** Möge man an diesen Forderungen festhalten, dann ist noch eine Aussicht, etwas aus dem Schiffbruch zu retten. Hinzufügen müssen wir freilich, daß eine Spaltung jener Fraktion vorausgesehen wird.

≙ **Berlin**, 27. November. [Die Verständigung mit Oesterreich steht bevor. — Vermischte Nachrichten.] Der interimistische Vorsitzende des Staatsministeriums, Herr v. Ladenberg, wird heute Abend der in der heutigen Kammersitzung ertheilten Zusage gemäß **der Adreß-Kommission Aufschlüsse über die Lage der Verhandlungen mit Oesterreich machen.** — Ich will für jetzt die Momente aufzeichnen, **welche heute für die Wahrscheinlichkeit einer Verständigung mit Oesterreich sprechen.** Schon daß das Ministerium sich entschlossen hat, heute die bisher wegen der noch schwebenden Verhandlungen verweigerten Aufschlüsse zu geben, beweist am besten, daß die Verständigung zu einem gewissen Abschluß gediehen ist. Ein gleicher Beweis liegt in der allem Widerspruche zum Trotz heute wirklich erfolgten Abreise des Ministers v. Manteuffel zu der gestern von mir erwähnten Konferenz mit dem Fürsten Schwarzenberg in Oderberg. Er hat ganz bestimmt formulirte schriftliche Instruktionen dorthin mitgenommen, die erst gestern Abend in Sanssouci festgestellt wurden. Diese Konferenz in Sanssouci hat aber noch eine weitere Folge gehabt: es ist beschlossen worden, **den General v. Holleben in einer außerordentlichen Mission an den Kurfürsten von Hessen abzusenden mit dem Auftrage, denselben zu einer baldigen Rückkehr nach Kassel zu bestimmen** (meiner bereits gestern gemachten Mittheilung zufolge ist dies bekanntlich die von Preußen stipulirte Bedingung für die Zurückziehung der Truppen), und **die Schlichtung der Differenzen zwischen Regierung und den Ständen in Kurhessen noch einmal in das Gleis der Verhandlungen zwischen den streitenden Theilen hineinzubringen. Auch der General v. Holleben ist heute bereits abgereist.** Daß das hier allgemein verbreitete Gerücht, Herr v. Prokesch habe gestern Abend noch seine Pässe wirklich erhalten, der Begründung entbehrt, erhellt hieraus von selbst. — Auch auf einen **möglichst baldigen Beginn der freien Konferenzen in Dresden** wird **Herr v. Manteuffel bei der Zusammenkunft in Oderberg** hinzuwirken suchen. Mir wird heute als sicher mitgetheilt, daß der in letzter Zeit wieder mehrfach genannte frühere Finanzminister Graf von Alvensleben als preußischer Bevollmächtigter für dieselben designirt sei. — Der Herzog von Koburg, der drei Tage lang hier verweilte, und **allen seinen Einfluß aufgewendet haben soll, um zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu bestimmen,** ist heute früh wieder von hier abgereist, nachdem der Zweck seines Kommens so gut wie völlig mißglückt war. — In der gestrigen Berathung des Staatsministeriums soll es zu einem formellen Aussprechen zwischen den beiden Ministern v. Manteuffel und v. Ladenberg über ihre divergirenden Ansichten und in Folge davon zu einer Art augenblicklicher Aussöhnung zwischen ihnen gekommen sein. — Der russische Geschäftsträger, Herr v. Budberg, hat **gestern dem Könige ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers von Rußland zugestellt,** dessen Inhalt sich auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse beziehen soll, wiewohl sich naturgemäß die Details hierüber der Oeffentlichkeit entziehen. — Ich theilte schon gerüchtsweise mit, daß **Oesterreich vorläufig auf die Absendung von Bundesexekutionstruppen nach Schleswig-Holstein zu verzichten gewillt sein soll.** Heute wird mir motivirend hinzugefügt, es sei ein Abkommen getroffen worden, demzufolge England die Vermittelung des Friedens zwischen den Herzogthümern und dem Könige von Dänemark übernommen habe. — Man erinnert sich hier der Zeit nicht, wo das Gold- und Silber-Agio in Wien so hoch gewesen wäre, wie im Augenblick. Die Börse war durch das Eintreffen der desfallsigen Nachrichten heute Anfangs außerordentlich erschreckt, denn Silber kam heute von Wien zu 154, Gold sogar zu 163 pCt. **Als sich aber die Nachricht von einer vorläufigen Verständigung mit Oesterreich und von der Reise des Herrn v. Manteuffel verbreitete, stiegen alle Fonds ziemlich bedeutend,** und, obgleich sie wegen der zahlreichen Verkaufs-Angebote später wieder einen Rückgang erlitten, schlossen sie dennoch höher als gestern.

[Die Neue Preuß. Ztg.] hat, wie wir schon mehrfach angedeutet und auch der Berliner §§-Korrespondent in unserm heutigen Blatte erwähnt, seit einiger Zeit einen fast offiziellen Charakter angenommen. Wir dürfen deshalb ihre Mittheilungen um so weniger übergehen, als die Deutsche Reform seit Kurzem in Bezug auf die wichtigen Tagesereignisse ganz schweigsam geworden ist. So weiß dieses ministerielle Blatt noch nicht einmal die Reise des Herrn v. Manteuffel nach Oderberg anzuzeigen, während unser Berliner ≙-Korrespondent bereits **gestern** umständlich über die neuesten österreichisch-preußischen Verhandlungen berichtete**). — Wir lassen nun die Kreuzzeitungs-Berichte, obgleich dieselben zum Theil nur Bestätigungen unserer Nachrichten enthalten, folgen:

„Gestern gegen Mittag lief aus Wien die Antwort auf gewisse von der diesseitigen Regierung an die österreichische gerichtete Fragen hier ein. In Folge davon begab sich das gesammte Staatsministerium mit dem um 5 Uhr abgehenden Bahnzuge zu Sr. Maj. dem Könige nach Sanssouci. Um 10 Uhr kehrten die Herren Minister nach Berlin zurück, und empfing der interimistische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Manteuffel, noch zu später Stunde den russischen Bevollmächtigten, Baron v. Budberg."

„In Folge des gestern Abend unter dem Vorsitze Sr. Maj. des Königs abgehaltenen Ministerrathes ging heute der Minister v. Manteuffel mit dem um 8 Uhr abgehenden Bahnzuge auf der niederschlesischen Eisenbahn über Breslau nach Oderberg ab, um daselbst mit dem österreichischen Premier-Minister, Fürsten Schwarzenberg, zu einer Konferenz zusammenzutreffen. In der Begleitung Sr. Excellenz befinden sich der Legationsrath Abeken und der Regierungs-Assessor Graf zu Eulenburg. Herr v. Manteuffel wird in 4 Tagen wieder hier zurück erwartet."

„Der österreichische Gesandte, Ritter Prokesch von Osten, scheint durch die Wendung, welche die Angelegenheiten zwischen Preußen und Oesterreich genommen, bestimmt worden zu sein, hier zu verbleiben."

„Der hannoversche Hauptmann, Graf von Platen-Hallermund, welcher einen eigenhändigen Brief seines Souverains an Se. Majestät den König überbracht hat, wurde vorgestern und gestern in Sanssouci empfangen."

„In den Kammern unterhielt man sich heute von **einer Vertagung derselben für 30 Tage, und soll diese bereits in etwa acht Tagen ausgesprochen werden. Inzwischen dürften die Angelegenheiten bis dahin definitiv geordnet sein, sowohl was Krieg oder Frieden, als was die Rekonstruirung des Ministeriums anbetrifft.** Während der Vertagung sollen die Arbeiten der Kommissionen nicht unterbrochen werden, vielmehr diese sich mit den vorher noch gemachten Vorlagen der Regierung zu beschäftigen haben."

„Unter den Gesetzes-Vorlagen, welche die Regierung in nächster Zeit in die Kammern einbringen wird, soll sich auch die über eine englische Anleihe befinden. Gewiß ist, daß Seitens der Seehandlung bereits desfallsige Unterhandlungen am Londoner Geldmarkt gepflogen werden, welche die Bedingungen ergeben sollen, unter welchen eine Anleihe für eine gewisse Summe daselbst bewirkt werden kann."

[Der Redakteur der Const. Zeitung] hat heute früh Berlin verlassen müssen. Vor 6 Uhr Morgens erschienen in der Wohnung des Herrn Dr. Haym ein Polizeibeamter und ein Schutzmann. Sie ließen denselben wecken und theilten ihm mit, sie hätten von dem Polizeipräsidenten den Befehl erhalten, ihn sofort zur Eisenbahn zu schaffen und seiner Abreise sich zu versichern. Die Wahl des Bahnhofs ward ihm freigestellt, jedoch darauf bestanden, daß er mit einem der Frühzüge die Stadt verlasse. Der Polizei-Beamte begleitete darauf Herrn Dr. Haym nach dem hamburger Bahnhofe und verließ ihn erst beim Abgang des Zuges. — Wir erinnern daran, daß unmittelbar nach Empfang der ersten polizeilichen Weisung Herr Dr. Haym Rekurs an das Ministerium des Innern ergriffen und hiervon das Polizei-Präsidium in Kenntniß gesetzt hat. Von Seiten des Ministeriums ist bisher kein Bescheid ergangen. — Die Redaktion der Constitutionellen Zeitung hat Herr Stadtrath Dr. Moritz Veit übernommen. (C. Z.)

[Ein Schreiben der Prinzessin von Preußen.] Die Voß. Ztg. sagt: „Gerade in jetziger Zeit erscheint es besonders wichtig, zur Charakteristik Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin von Preußen, einen Brief mitzutheilen, welcher bereits im März 1849 an einen bekannten Mann gerichtet ist. Derselbe lautet:

Ich habe mit großer Befriedigung in Ihren Gedichten den Ausdruck der Gesinnung gefunden, von welcher Sie Mir bereits Beweise gegeben haben, und die Ich um so mehr zu schätzen weiß, als Ich in dem Patriotismus, der noch in vielen kräftigen Männern lebt, die Bürgschaft der ferneren Größe unsres theuren Vaterlandes sehe. Sie haben namentlich den Beruf Preußens hinsichtlich Deutschlands schon seit Jahren erkannt, und ihm Worte geliehen, die in jetziger Zeit Anklang finden müssen. Es ist ein Erbtheil Meiner Vorfahren, jegliches Verdienst zu ehren, Wahrheit und Recht zu unterstützen, und für die leidenden Mitmenschen zu wirken. Auf dieses Erbtheil bin ich stolz, wiewohl es mir nur innerhalb mancher Schranken gewährt ist; es geht aber auf meinen Sohn über und wird in ihm einen würdigen Vertreter finden. Empfangen Sie ꝛc.

Dieses noch nirgends abgedruckte Schreiben der hohen fürstlichen Frau verdient als ein neuer Beweis ihres edlen wahrhaft deutschen Sinnes gewiß die weiteste Verbreitung, zumal es unter Umständen geschrieben ist, wo an die Veröffentlichung nicht gedacht werden konnte."

[Herr v. Blittersdorf für Preußen.] Preußen ist bereits in eine solche Lage gebracht, daß selbst Herr v. Blittersdorf in der „Oberpostamtszeitung" ihm seine Sympathien zuzuwenden beginnt, **und die letzten von unserm Kabinet erhobenen Ansprüche so billig findet, daß selbst ein für dasselbe unglücklicher Krieg dieselben doch zuletzt verwirklichen müßte.** „Wir können nun mit Sicherheit annehmen, — heißt es in der „O. P. A. Z." — daß Preußen nicht befriedigt werden kann, so lange es nicht die volle, nicht bloß die scheinbare Parität mit Oesterreich erlangt hat. Diese ist aber, sprechen wir es offen aus, nicht denkbar, ohne daß ihr die Schirmvoigtei über den Norden Deutschlands übertragen werde. Für Oesterreich würde also zu erwägen sein, ob die Zugestehung dieser Schirmvoigtei, oder die Beginnung des Krieges das größere Uebel sei. Für das letztere sprechen die gewichtigsten Gründe. Angenommen, daß Oesterreich in einem Kriege mit Preußen entschieden Sieger bliebe, und daß es ihm gelänge, die Macht Preußens völlig niederzuwerfen, so würde es den Tag darauf damit beginnen müssen, Preußen als europäische Großmacht im Norden Deutschlands wieder herzustellen, weil Deutschland einer solchen Macht nun einmal zur Aufrechthaltung des Gleichgewichts in Europa nicht entbehren kann. Der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen würde aber zuverlässig dazu dienen, die kleinen Staaten im Norden Deutschlands jeder Konsistenz zu berauben, und es würde deshalb auch nichts erübrigen, als dieselben dem neu konstruirten Preußen dennoch zuzutheilen. Das Endresultat des Kriegs würde demnach in einer noch größern Verschmelzung des Nordens Deutschlands bestehen, als diejenige, welche aus einer Schirmvoigtei Preußens hervorgehen könnte. Die Transaktion scheint deshalb durch die Verhältnisse geboten zu sein, und Oesterreich wird sich und Deutschland nichts vergeben, wenn es, selbst um diesen Preis, die Hand zum Frieden bietet."

[Vermischte Nachrichten.] Wie man nach sicherer Quelle erzählt, hat der Bevollmächtigte Oldenburgs im Fürstenkollegium darauf angetragen, daß mit Rücksicht auf die vielfachen Entstellungen in öffentlichen Blättern **die vertraulichen Mittheilungen der preußischen Regierung an das Fürstenkollegium über das Aufgeben der Union** sammt den darauf erfolgten Aeußerungen der Bevollmächtigten der Oeffentlichkeit übergeben werden. — Einem ungefähren Ueberschlag zufolge würde die Heeresmacht, welche uns Oesterreich mit Einschluß der sächsischen, baierischen und würtembergischen Kontingente jetzt gegenüberstellt, etwa 320,000 bis 340,000 Mann betragen. Nur ein Theil derselben darf als kriegsgeübt betrachtet werden; dieser beläuft sich auf etwa 200,000 Mann österreichischer Truppen. Der Ueberrest ist neue Aushebung und Kontingent. — Die Feldpost, welche bei unserer Armee in Folge der Mobilmachung eingerichtet worden ist, ist jetzt vollständig organisirt. Gestern sah man eine lange Reihe von berittenen Postillonen, welche sämmtlich ganz neu equipirt waren, die Stadt verlassen. — Seitens des Dirigenten des Magistrats ist unter dem gestrigen Tage eine Direktorial-Verfügung an die Mitglieder des Kollegiums erlassen, worin ihnen mitgetheilt wird, daß die jetzigen Verhältnisse es dringend nöthig machten, **daß sich der Magistrat täglich in beschlußfähiger Anzahl zu Rathhause versammele.** Die Räthe werden daher aufgefordert, sich nunmehr an jedem Tage um 11 Uhr zu versammeln, um alle eiligen Nummern sofort zum Vortrage und zum Beschluß zu bringen. — Bis jetzt fand bekanntlich allwöchentlich nur eine ordentliche Magistratssitzung statt. (Voß. Z.)

[In die Adreß-Kommission der ersten Kammer] sind nach den einzelnen Abtheilungen folgende Mitglieder gewählt worden: I. Graf v. Alvensleben, v. Brünneck. II. Grein, v. Tepper. III. Graf Itzenplitz, Graf Dönhof. IV. Brüggemann, Stahl. V. Cottenet, v. Plötz. Nur die Herren v. Brünneck und v. Tepper dürfen als nicht ministeriell bezeichnet werden. (C. Z.)

Staatsrath Wippermann aus Kassel befindet sich gegenwärtig hier und hatte gestern mit dem Minister des Auswärtigen eine längere Besprechung. — Hr. v. Griesheim ist zum Chef des Generalstabes der 4 Armeekorps, welche unter dem Befehle des Prinzen von Preußen stehen, ernannt worden. — Die Anfechtungen, welche die kirchliche Gemeindeordnung Seitens der Unionsvereine zu erfahren hat, ist Anlaß zu einer Reaktion innerhalb der letztern selbst geworden. Aus verschiedenen dieser Vereine sind Mitglieder wegen der Opposition, die man den Erlassen der Regierung entgegensetzte, ausgeschieden. Eine offene Lossagung von dem Unionsvereine ist in einer Versammlung von Mitgliedern der Diöcese Altstadt-Brandenburg, die am 18. d. Mts. in Brandenburg stattgefunden, erfolgt. Die Theilnehmer an jener Versammlung, 14 an der Zahl und bisher sämmtlich Mitglieder der Unionsvereine seit dem Entstehen derselben, haben in diesen Tagen dem hiesigen Central-Comité ihren Austritt erklärt. (C. B.)

[Das Londoner Manifest der revolutionären Flüchtlinge,] wodurch sie Frankreich vor der Verschwörung der drei östlichen Großmächte gegen dessen Selbständigkeit warnen, ist, wie sich erweiset, durch schreckende Vorstellungen bekannter politischer Agenten bei den Flüchtlingen in London entstanden. Es wird dadurch eine Erregung der Franzosen beabsichtigt, um sie, wo möglich zu einer Demonstration gegen Deutschland hinzureißen, und die Norddeutschen vom Widerstande gegen den sogenannten Bundestag abzulenken. Ein im äußersten Falle etwa wirklich ansbrechender Krieg gegen Frankreich sollte dann die drei östlichen Großmächte wiederum unter einer und derselben Politik vereinigen. (Spen. Z.)

Im Minden-Ravensbergischen Wahlbezirk ist bei der am 18. d. M. abgehaltenen Neuwahl eines Abgeordneten zur I. Kammer an Stelle des Präsidenten a. D. v. Rönne, welcher sein Mandat niedergelegt, der Kreisgerichts-Direktor Winter zu Bielefeld mit 16 von 19 Stimmen erwählt worden. Derselbe hat die Wahl angenommen.

Bei der am 22. d. M. abgehaltenen Ersatzwahl eines Abgeordneten zur I. Kammer für den Wahlbezirk Königsberg an Stelle des in die II. Kammer eingetretenen geheimen Reg.-Raths Professor Schubert, ist der Oberbürgermeister Grabow zu Prenzlau mit 14 unter 18 Stimmen gewählt worden.

Im II. Aachener Wahlbezirk (Montjoie) ist der Regierungsrath Berendt zu Koblenz zum Abgeordneten für die I. Kammer gewählt worden.

In Tilsit ist an Stelle des Kommerzienraths Wächter, welcher sein Mandat niedergelegt hat, der geheime Kriegsrath Menzel in Berlin zum Abgeordneten für die I. Kammer gewählt worden.

Zur Wahl des fehlenden 3ten Abgeordneten für die I. Kammer im IV. Posener Wahlbezirk (Pleschen) hatte sich in dem auf den 11. d. M. anberaumten Termine nur ein Wahlmann eingefunden, welcher bei dem Ausbleiben der übrigen sich der Wahl enthielt. Es ist daher ein neuer Wahltermin auf den 28. d. M. angesetzt worden.

Die im VI. Posener Wahlbezirk nöthig gewordene Ersatzwahl eines Abgeordneten zur II. Kammer an Stelle des ausgeschiedenen Kreisgerichts-Direktors Eding ist auf den Gutsbesitzer Bandelow zu Kranz, Kreises Meseritz, gefallen. Derselbe hat das Mandat angenommen.

Im VII. Königsberger Wahlbezirk (Neidenburg) ist der Landschaftsrath v. Meske auf Frödau, Osteroder Kreises, zum Abgeordneten für die II. Kammer gewählt worden.

Bei der am 20. d. M. stattgehabten Neuwahl eines Abgeordneten zur II. Kammer für den II. Marienwerderschen Wahlbezirk (Conitz) erhielten unter 141 Stimmen der Freiherr Georg v. Vincke 71, der Landrath v. Schmidt in Conitz 69 Stimmen. Nach der Wahl gingen von den zur Landwehr eingezogenen Wahlmännern noch 5 Stimmen ein, welche sämmtlich für Herrn v. Schmidt stimmten, so daß dieser von 146 Stimmen 74, gerade die absolute Majorität erhalten haben würde.

Der bisherige Abgeordnete Sänger hat sein Mandat zur II. Kammer für den Wahlbezirk Chodziesen und Wongrowitz niedergelegt; eine Neuwahl wird daher unverzüglich stattfinden.

Am 22. d. M. kamen hier 688 Personen an und reisten 636 ab. Abgereist: der k. k. österr. Gesandte am k. spanischen Hofe, Graf von Esterhazy, nach Paris; der k. belgische Leg.-Sekretär und Kabinets-Kurier, Graf von Limminghe, nach Brüssel; der k. k. österreichische Kämmerer von Wydenbrugh nach Wien. — Am 23. kamen 557 an und reisten 514 ab. Abgereist: der königl. Gesandte am k. belgischen Hofe, Graf von Seckendorff, nach Halle.

Nachdem unterm 24. d. M. Berlin als von der Cholera befreit erklärt worden, auch kein Kranker mehr in Behandlung geblieben ist, stellt sich als Resultat heraus, daß seit Konstatirung der Krankheit am 6. August bis einschließlich 9. November überhaupt 1185 Cholera-Erkrankungen angemeldet, und von den Erkrankten 711 gestorben und 474 genesen sind. (C. C.)

Die Ersatzwahl von zwei Abgeordneten des 4ten Magdeburger Wahlbezirks (Gardelegen) für die zweite Kammer, ist auf die bisherigen Abgeordneten, Landrath v. Münchhausen zu Coburg (mit 189 von 203 Stimmen) und Gerichtsrath Weber zu Salzwedel (mit 154 von 202 Stimmen) gefallen.

Am 25. d. Mts. kamen hier 588 Personen an und reisten 394 ab. Angekommen: der k. k. österreichische Kabinetskurier Leinweber von Wien. Abgereist der k. k. österreichische Kämmerer v. Wydenbrugk nach London. Der apostolische Nuntius Msgr. Viale Prela nach Wien.

†† **Kempen**, 26. November. [Keine Russen.] Bekanntlich war in den beiden letzten Jahren das russische Gebiet der ganzen preußischen Grenze entlang von asiatischen Horden, wie von einer chinesischen Mauer, geschützt. Der nordische Alleinherrscher fürchtete das Eindringen revolutionärer Ideen, die am sichersten seiner staunenswürdigen Größe den Untergang bereiten würden. Jetzt aber, da die Wogen der Revolution verronnen sind, jetzt, nachdem die Fahne des Umsturzes von deutschen Fürsten erhoben worden, und es sich in den Angelegenheiten unseres weiteren Vaterlandes nur noch um dynastische Interessen zu handeln scheint: jetzt glaubt der Czaar seine chinesische Mauer gegen dieses Deutschland nicht zu bedürfen. Die russische Grenze in unserer Nähe und weiter hinauf ist so schwach besetzt, wie in den Friedenszeiten vor dem März 1848. — Das Vorstehende möge Ihnen als Beitrag zur Beurtheilung der Frage dienen, die wahrscheinlich trotz alles Kriegslärms mit dem Schwerte nicht erledigt werden wird.

Naumburg, 26. Nov. [Militärisches.] Die Schwadron Ulanen des hiesigen Landwehrbezirks hat, vom besten Geiste beseelt, uns heute Morgen verlassen. Sie marschiren heute bis Kayna bei Merseburg. Die bereits formirte Ersatzschwadron des 32. Ulanenregiments wird dagegen übermorgen von hier nach Erfurt aufbrechen. Gestern Nachmittag sind mittels der Eisenbahn wieder Geschütze von Erfurt nach Halle befördert worden. Man erwartet hier das längere Zeit in Frankfurt a. M. gestandene 31. Linieninfanterieregiment. Nach Briefen von Wehrmännern des hiesigen Bataillons, welches uns am 22. Novbr. verlassen, ist dasselbe in allen Ortschaften, welche es auf seinem Marsche berührt, festlich empfangen worden. Die Bürgerschaft von Weißenfels, welche bis an die Marken des gleichnamigen Kreises dem Bataillon mit Musik entgegengegangen, hat dasselbe auf der „schönen Aussicht", einem Gasthofe vor jener Stadt, außerdem mit einem Frühstücke regalirt. (D. A. Z.)

Halle, 26. Nov. Heute reiste der Prinz von Preußen, von Berlin kommend, hier durch und ging auf der thüringischen Bahn weiter. (Hier waltet jedenfalls ein Irrthum ob. Die Abreise des Prinzen von Berlin wird nirgends gemeldet.) Wie man allgemein versichert, begiebt sich der Prinz nach Kassel, wohin in den letzten Tagen auch sehr bedeutende Truppentheile aus dem Innern des Königreichs gezogen wurden und immer noch marschiren. (D. A. Z.)

Koblenz, 25. November. [Militärisches.] Der seit ungefähr zwei Jahren in den Ruhestand gesetzte Gouverneur hiesiger Festungen, General-Lieutenant v. Bardeleben, jetzt wieder reaktivirt, ist zum ersten Gouverneur von Koblenz ernannt und wird, da der kommandirende General v. Hirschfeld, wie man vernimmt, noch im Laufe dieser Woche mit seinem Haupt-Quartier zur Armee (man sagt nach Kassel) sich begeben wird, denselben als Militairkommandant in dem Bereich des 8. Armeekorps ersetzen. Herr v. Bardeleben ist ein äußerst entschlossener Mann und tapferer Soldat. Ueberhaupt sieht man jetzt außer vielen früher in den Ruhestand gesetzten Offizieren auch mehrere pensionirte Generale wieder in Funktion. Von der Menge der fortwährend hier durchziehenden Truppen können Sie sich fast keinen Begriff machen. So eben rücken die badischen Dragoner mit klingendem Spiele hier ein und defiliren auf der Schloßstraße vor dem kommandirenden General. Es ist ein sehr schönes Regiment. (D.-P.-A.-Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 25. Nov. [Blutige Konflikte zwischen Baiern und Preußen.] Gestern Abend hatten bereits abermals Exzesse baierischer Soldaten gegen Preußen stattgefunden. Heute Abend waren die Preußen in ihren Kasernen konsignirt; aber auch Einzelne konnten der Brutalität der Baiern nicht entgehen. Eine preußische Patrouille von 4 Mann ward plötzlich von Baiern angegriffen und dem Unteroffizier über den Rücken gehauen. Erst eine stärkere Patrouille konnte sie vor weiteren Insulten in Schutz nehmen. Beim Abgange der Post waren blutigere Scenen zu befürchten. Zu bemerken ist, daß zwischen Preußen und Oesterreichern das friedlichste Verhältniß bis jetzt bestanden hat, wie es die Ueberzeugung Aller ist, daß die brutale Rohheit der Baiern das alleinige Motiv der Reibungen bildet.

[Ein anderes Schreiben] vom selben Datum meldet: Kamen auch im Verlaufe der Zeit zum öfteren unter den verschiedenen unsere Garnison bildenden Truppentheilen mehr oder minder blutige Raufhändel vor, so hatten solche um so weniger einen bedenklichen Charakter, als sie gemeiniglich in Wirthshäusern oder auf Tanzböden sich entspannen und demnach keine irgend politische Färbung an sich trugen. Wir haben jedoch heute über einen militärischen Straßenkrawall zu berichten, dem man eine solche Färbung beizulegen versucht wird, da er auf offener Straße durch die Verspottungen hervorgerufen wurde, die sich auf derselben lustwandelnde baierische Soldaten gegen ihre preußischen Waffengefährten erlaubten, sowie durch die Brutalität, mit welcher sich eine baierische Streifwache gegen preußische Militärs benahm, um sie ganz unbefugter Weise in ihre Kaserne zu weisen. Man kann es den Preußen wohl nicht verargen, daß sie sich nicht ungeahndet verhöhnen oder brutalisiren ließen, und so kam es denn von Worten zu Thätlichkeiten, wobei, da von beiden Seiten von der blanken Waffe Gebrauch gemacht wurde, Verwundungen vorfielen. So trug ein baierischer Offizier einen Säbelhieb über die Nase davon, einem ganz jungen preußischen Tambour aber wäre der Hirnschädel fast gespalten worden. Diesem unseligen Auftritt nun, der gestern um die sechste Abendstunde etwa anhob, konnte allererst nach länger als zweistündiger Dauer durch in aller Eile gebildete Streifwachen von imposanter Stärke und von Offizieren geführt, ein Ende gemacht werden, dessen Wiederholung aber für die nächste Zukunft vorzubeugen, haben wir uns von Seiten der Stadtkommandantschaft um so gewisser der benöthigten Sicherheitsmaßregeln zu gewärtigen, als auch bürgerliche Einwohner der Stadt dabei mancherlei Gefahren laufen. So namentlich gestern Abend, wo die schöne Witterung Tausende von Spaziergängern und Neugierigen auf die Straße geführt hatte, die beiläufig bemerkt, es an Gesinnungskundgebungen zu Gunsten der Preußen nicht fehlen ließen, zumal sie als Augenzeugen des Vorganges mit der Veranlassung des feindlichen Begegnisses nicht unbekannt geblieben waren. (Reform.)

Frankfurt, 26. November. [Abermaliger Konflikt.] Trotz aller getroffenen militärischen Vorsichtsmaßregeln kam es gestern Abend abermals zwischen den zu unserer Garnison gehörenden preußischen und baierischen Truppen an den verschiedensten Punkten der Stadt zu den ernstesten Exzessen, wobei es wieder auf beiden Seiten Verwundete gab. Nur den größten Bemühungen der Offiziere gelang es, daß die Mannschaften nach und nach sich in ihre Kasernen zurückzogen und auf diese Art größeres Unglück verhütet wurde. Starke gemischte Patrouillen durchzogen fortwährend die Straßen der Stadt und sämmtliche Wachen waren bedeutend verstärkt. — Die im alten Bürgervereine aufgelegte Unterzeichnungsliste für Beiträge zur Unterstützung der verabschiedeten kurhessischen Offiziere nimmt einen, alle Erwartungen übertreffenden Fortgang. Seit ein paar Tagen aufgelegt, hat sich dieselbe bereits mit vielen Unterschriften bedeckt, worunter sich Summen bis zu 250 Fl. befinden. (F. J.)

** **Kassel**, 25. Novbr. [Die Landtagswahlen] für die Stadt Kassel haben stattgefunden. Obgleich wir über das Ergebniß derselben nicht einen Augenblick im Zweifel waren, so boten sie dennoch mancherlei Stoff zu Beobachtungen dar. Keine Generalversammlungen der Vereine, keine Volksversammlungen fanden statt. Die Presse war stumm darüber und jeder Bürger fühlte es in sich selbst, daß er seine Schuldigkeit thun müsse. „Wir wählen unsere alten Deputirten wieder!" war das Loosungswort und damit war auch die Unterhaltung über die bevorstehende Wahl in allen öffentlichen Häusern abgeschnitten, denn es fand nirgends ein Widerspruch statt. Erst gegen Abend vor dem zweiten Wahltage traten „viele Bürger" mit einem Straßenecken-Anschlag hervor, worin sie den Führer der demokratisch-sozialen Partei, den Dr. Kellner, in Vorschlag brachten. Ihr Parteiorgan, „die Hornisse," hatte erklärt, es sei dies durchaus unnöthig, eine Wahlagitation eintreten zu lassen, da es einerlei sei, wer gewählt werde, da Alle darin übereinstimmen, dem jetzigen Zustande, mithin dem Ministerium Hassenpflug entgegenzutreten und dasselbe zu stürzen. Die Aufgabe sei nur die, sich in Masse bei der Wahl zu betheiligen. Und so kam es auch. Am ersten Tage wurde der Obergerichts-Anwalt Schwarzenberg mit 2180 Stimmen gewählt und nur ungefähr hundert Stimmen waren auf Andere gefallen, folglich gänzlich zersplittert. Erst am zweiten Wahltage traten sich die Parteien in Folge des angeführten Maueranschlages einander gegenüber. Geh. Rath v. Schenk wurde mit 1253 Stimmen gewählt, während sein Gegenkandidat, Dr. Kellner, 656 Stimmen erhielt, folglich in der Minorität blieb. Bemerkenswerth ist, daß am ersten Tage der Staatsminister Hassenplug eine Stimme erhielt und derselbe Wähler am zweiten Wahltage dem Staatsrath Scheffer seine Stimme gab. Der Wähler ist der wegen Geisteskrankheit pensionirte Hauptmann Müller. Somit wäre dieser Akt in der größten Ruhe und Ordnung geschlossen und wenn man nicht viele Leute nach dem Orte der Wahl hätte sich bewegen sehen, so würde Niemand geahnet haben, daß eine der wichtigsten politischen Handlungen des Bürgers vorgenommen würde. Nachdem dieselbe vorüber ist, wundert sich Jeder darüber, wie es möglich war, dieselbe in solcher Weise zu bewerkstelligen. Aber **das vergessen die Leute in der Regel dabei, daß unsere dermalige Staatsumwälzung eine ganz gründliche ist, daß sie bis in die tiefsten Schichten der Gesellschaft eingreift und sie nicht oberflächlich nur berührt. Was noch nicht**

*) Die ministerielle C. C. giebt als einzigen Gegenstand der Zusammenkunft in Oderberg die „freien Konferenzen" an. Red.

**) Beiläufig sei hier noch bemerkt, daß sonst von allen Berliner Blättern nur die Nat.-Ztg. eine Notiz über diese Reise bringt.

politisch reif war, das wird es; denn das Bewußtsein von dem, was man hat und was man uns rauben will, ist in seiner größten Vollständigkeit erwacht und da, wo es noch nicht ganz klar hervorgetreten ist, da sorgt die Bundes-Exekutions-Armee durch Anhäufung von Gewaltthaten dafür, daß es geschieht. Man muß aber ja nicht glauben, daß ein solcher Geist etwa nur in den größeren Städten herrsche, denn vom Gegentheil werden wir eben wohl grade durch die Wahlen im Lande hinlänglich belehrt. Allenthalben wo eine Wahl noch bis jetzt stattgefunden hat, ist die konstitutionelle Partei Sieger geblieben. Der Obergerichts-Anwalt Henkel, welcher bei der vorigen Wahl einem Sozialisten unterliegen mußte, ist diesmal in seinem früheren Wahlbezirke, den Städten des Diemelstromes, wieder gewählt worden. Daß die Wahlen im Ganzen noch sehr zurück sind, hat seinen guten Grund in der falschen Auffassung, als müsse das Ministerium erst dazu auffordern, was durchaus nicht der Fall ist, da nach der Verfassungs-Urkunde mit der Auflösung einer Ständeversammlung sofort neue Wahlen angeordnet werden müssen und auch durch die betreffende Verordnung angeordnet worden sind. Andere Fragen, die wir hier und da aufwerfen hören, sind die: **Wird eine kurhessische Ständeversammlung wieder zusammentreten? Werden wir jemals wieder einen geregelten Rechtszustand erhalten?** Diese Fragen müssen wir mit einem unbedingten Ja! beantworten. Es müßte denn die ganze Weltordnung umgestoßen werden und die Willkürherrschaft bleibend ihren Thron aufschlagen, so wie sie es jetzt leider, aber doch nur vorübergehend, bei uns gethan hat. Unser Zustand ist beispiellos und so wie die Mitwelt entrüstet darüber ist, so wird die Nachwelt darüber staunen, wie in Mitten der Civilisation des neunzehnten Jahrhunderts so etwas nur 24 Stunden bestehen konnte. Aber so gewiß wir wissen, daß das Frühjahr herankommen wird und sich die Bäume und Sträucher wieder belauben und die Blumen uns mit ihrem Duft anhauchen werden, trotzdem daß Alles jetzt entlaubt ist und es draußen furchtbar tobt und stürmt, so daß die Ziegelstücke von den Dächern stürzen, so gewiß sind wir der festen Ueberzeugung, daß der Tag anbrechen wird, wo Recht wieder Recht sein wird und das Unrecht und die Gewaltthat dahin fahren werden, wohin sie gehören! Wann wird der Tag kommen? bleibt er noch lange? — Ja, du Zweifelsüchtiger, ich weiß, daß das Frühjahr kommt, aber den Tag, an welchem Alles grünt und blüht, den vermag ich nicht im Voraus anzugeben. Genug, wenn wir wissen, daß er kommt!

** **Kassel**, 26. Novbr. [Tagesbericht.] Man scheint nunmehr die Angelegenheiten Kurhessens, welche dahin führen sollen, die Gewaltherrschaft zu begründen, mit mehr Eile zu betreiben. Die Mitglieder der Obergerichte zu Fulda und Hanau, welche sich entschieden geweigert hatten, Eingriffe in ihre richterliche Unabhängigkeit zu dulden und sich beim Ministerium über die ihnen angethane Gewalt beschwert, eventuell um ihren Abschied nachgesucht hatten, haben ohne Weiteres die Entlassung aus dem Staatsdienste sammt und sonders erhalten. Der Präsident des Obergerichts zu Fulda, von Warnsdorf, ist der einzige, welcher mit Pension ausgeschieden ist. Diese Thatsachen möchten wohl hinreichen, um die Gerüchte zu widerlegen, welche seit einigen Tagen die Runde in den Zeitungen von Zerwürfnissen zwischen dem Kurfürsten und seinen Ministern machen. Im Gegentheil, es scheint, als ob die beste Harmonie in Wilhelmsbad herrsche. Nur die nachfolgende Ernennung vermögen wir uns noch nicht genau zu enträthseln. Eine jede Ständeversammlung hat nämlich fünf Mitglieder zu bezeichnen, aus denen der Landesfürst drei als Mitglieder des geheimen Ständeausschusses bei der Direktion des Haus- und Staatsschatzes zu bestellen hat. Hierzu sind nunmehr, also nach fast 3 Monaten, die Herren Nebelthau, Schwarzenberg und Wippermann ernannt worden, haben resp. die landesherrliche Bestätigung erhalten. — Im Uebrigen sind hier Aller Augen nach Berlin gerichtet, indem man allgemein annimmt, daß das gegenwärtige preußische Ministerium sich nicht über die Kammer-Debatte über die Adresse hinaus halten wird. (?) Unsere Nachrichten von Berlin sagen übereinstimmend, daß man nach dem Rückzuge Manteuffels an eine Combination Camphausen-Bodelschwingh denke. (?)

Von der Kinzig, 21. November. [Deutschlands Schmach.] Gestern war ich wieder einmal in Hanau und kann Ihnen nun mehrere Einzelheiten von den unerhörten montägigen Vorfällen mittheilen. Am Montag wurden die Obergerichtsmitglieder von dem eigends zu dem Zwecke der Ausführung solcher Gewaltthätigkeiten mit der Versehung der Bezirksdirektorsstelle beauftragten Harbordt schriftlich benachrichtigt, daß ihnen Exekution in das Haus gelegt werden solle, alsbald rückten auch Schaaren von 16 — 20 Mann, geführt von Unteroffizieren, in die Häuser der Betreffenden. Die Ausführung der liguistischen Exekutionstruppen war verschieden, doch konnte man leicht bemerken, daß ein minder barsches Auftreten nicht die Folge der Instruktion ihrer Vorgesetzten, sondern ihrer eignen Gutmüthigkeit war. In einem Hause sollen sie die Vorhänge statt der Taschentücher gebraucht, auch sich es in Beziehung auf die Kleider recht bequem gemacht haben, auf eine Weise, die hier zu Land unanständig genannt wird. Von den Obergerichts-Assessoren Etienne u. Schmidt wurde die Exekutionstruppe noch am nämlichen Abend zurückgezogen, weil es sich herausstellte, daß Ersterer während den Verhandlungen über die Stempelfrage den Sitzungen des Obergerichts wegen Krankheit nicht beigewohnt habe, und der Andere als Instruktionsrichter nicht in der Lage gewesen sei, Stempel zu verwenden. Die Obergerichtsräthe v. Bischoffshausen, Hühnersdorf, von Meibom und v. Carlshausen haben ihre Entlassung aus dem Staatsdienste gefordert, und hierauf sind auch aus ihren Häusern die Exekutionsmannschaften abgezogen, so daß nur noch der Obergerichtsdirektor und der Obergerichtsrath Zink Exekution bei sich haben. (Neueren Nachrichten zufolge ist sie ihnen wieder abgenommen, der noch im Dienst gebliebene Rest der Obergerichtsmitglieder soll sich der faktischen Gewalt, aber nicht in ihrer Eigenschaft als Richter, fügen zu wollen, erklärt haben.) Was weiter werden wird, weiß man nicht. **So ist also die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit unseres Richterstandes vernichtet; künftig diktirt das Ministerium unseren Gerichten die Bescheide, und wollen diese sie nicht verkünden, so werden sie durch Soldaten eines Besseren belehrt.** Die Steuern sind ausgeschrieben und manche bezahlen sie, denn sie fürchten, es möchte ihnen gehen, wie den Obergerichtsmitgliedern, doch sicher werden viele Männer den Widerstand der Staatsdiener und Offiziere nicht vereinzelt erscheinen lassen und ruhig abwarten, durch welche Mittel man ihnen die landesherrliche Autorität angenehm macht. Muthlos sind wenige. Zu scharf schneidet nicht und die Vergeltung wird nicht ausbleiben. Haben wir auch augenblicklich viel zu leiden, wir sind sicher, daß das Volk aus diesen Prüfungen stärker hervorgehen, und seine Widersacher besiegen werde. (N. H. Z.)

Fulda, 24. Nov. [Aus dem baierischen Lager.] Die Ruhe dauert ununterbrochen fort in den militärischen Kantonnements, und es denkt Niemand an eine Feindseligkeit, was auch ganz gegen die getroffenen Stipulationen wäre. Es ist nicht einmal eine förmliche Vorpostenkette gezogen, wie dies vor dem Feinde zu geschehen pflegt, sondern sind nur gewöhnliche Pikets mit ungeladenen Gewehren ausgestellt, wenigstens von Seiten der Bundestruppen. Man wartet so, wie schon gesagt, das Resultat der Verhandlungen ab. Was einer Ihrer Korrespondenten von „Kroaten" sagt, ist falsch. Es befinden sich gar keine Kroaten beim Korps des FML. v. Legeditsch, also auch solche weder in Fulda noch in Motten. (F. J.)

Der Mangel an Fourage in unserer Gegend ist so groß, daß Heu der Centner bis zu 3½ Rthlr. bezahlt wurde, und nicht mehr zu bekommen ist. Alle Preise der Lebensmittel steigen unverhältnißmäßig. Die armen Einwohner unserer Stadt, sowie des Landes, sind nicht länger im Stande, die ungeheuere Last der Einquartierung zu tragen. — Das Personal der dermalen hier regierenden Gewalt besteht außer dem Bundeskommissar von Rechberg und Staatsrath Scheffer, aus dem Advokaten Schimmelpfeng aus Hersfeld, als angeblicher Marschkommissar, einem gewesenen Postpractikanten Jost als Sekretär, und einem angeblich preußischen Ingenieur Schnabel, im Dienste des Grafen v. Rechberg. (F. J.)

Fulda, 22. November. [Deutschlands Schmach.] Wenn Preußen noch lange die sogenannten Bundestruppen ungestraft ihr Unwesen bei uns treiben läßt, so gehen wir — so geht ganz Deutschland einer schrecklichen Zukunft entgegen. Schon in den wenigen Wochen, seit die baierischen Gäste bei uns hausen, sind hunderte von Familien an den Bettelstab gebracht. Die Geschäfte liegen darnieder, die Fabriken stehen still, die Arbeiter werden nach Hause geschickt, Hunger im Magen und Grimm im Herzen. Sie wissen ihren Familien kein Brot zu schaffen; die Baiern haben ihnen das Letzte genommen. Die reichsten Leute vermögen die ungeheueren Kriegslasten nicht länger zu tragen. Ein hiesiger Fabrikant, Herr Schmidt, hat, da seine häusliche Einrichtung die Aufnahme der ihm zugeschickten 22 Baiern unmöglich machte, binnen drei Wochen 400 Gulden Quartiergelder bezahlen müssen. Dieser Fabrikant beschäftigte über 1000 Arbeiter aus den benachbarten Dörfern, die alle an den Bettelstab gekommen sind, seit die Fabrikarbeiten eingestellt werden mußten. Das Alles haben die braven Hessen ihrem angestammten Landesvater zu verdanken, dessen Gattin in Frankfurt glänzende Bälle giebt, und der selbst in Wilhelmsbad mit seinen Kreaturen im Ueberflusse schwelgt, derweilen sein Volk verhungert. Der würdigen Aebtissin des Stiftes von Fulda, welches ebenfalls hart von der Einquartierung heimgesucht wird, wurde auf ihre Beschwerde darüber vom Grafen Rechberg zur Antwort: sie hätte durchaus keine Ursache sich zu beklagen, das Stift würde mit besonderer Schonung behandelt, weil man wüßte, daß sich unter den Stiftsdamen zwei gutgesinnte befänden. Es sind damit die Fräulein von Seckendorf und Gräfin Ysenburg gemeint, welche den Kaiser von Oesterreich abgöttisch verehren und sich von jeher durch ihren Preußenhaß ausgezeichnet haben. (Const. Z.)

Mainz, 24. Nov. [Militärisches.] Heute hatten wir ein sehr regsames militärisches Treiben in unserer Stadt. In der Frühe um 7 Uhr Morgens marschirte ein Bataillon des königl. preuß. 39. Infanterieregiments von hier nach Koblenz, um 8 Uhr folgte ihm die seit 4 Monaten hier garnisonirende Schwadron des königl. preuß. 8. Kürassieregiments, wofür um die Mittagsstunde eine halbe Schwadron des königl. preuß. 5. Ulanenregiments hier einrückte, welche bis zum 30. d. M. hier bleiben wird, an welchem Tage solche durch eine Schwadron Landwehrulanen, von Düren kommend, ersetzt werden soll. In diesem Augenblicke kommt auch das seither bei Köln einexerzirte Bataillon neu eingetretener Rekruten des königl. preuß. 38. Infanterie-Regiments mit klingendem Spiele hier an, um beim Regiment einzutreten. (O. P. A. Z.)

△ **München**, 25. November. [Tagesbericht.] Die kurhessische Regierung hat dem baierischen Kriegsministerium angezeigt, daß sie die Verpflegung der Bundestruppen in Kurhessen übernehme und deshalb eine Norm für die Verpflegung festgestellt werden solle. Das diesseitige Ministerium hat nun beschlossen, daß die Offiziere halbe Gage-Zulage erhalten und auf Dach und Fach einquartiert werden sollen, der Mannschaft vom ersten Unteroffizier abwärts aber halbe Löhnung als Zulage und ganzes Quartier zu verabreichen sei. Wie lange Kurhessen die Last zu tragen vermag, muß sich bald zeigen. — Man will nun unser Volk wirklich glauben machen, Preußen habe eine Allianz mit Frankreich abgeschlossen. Indessen sieht man recht gut ein, daß es weiter nichts als ein „Volksboten-Kniff" ist. — Das Urtheil des Appellhofes der Pfalz, wonach 333 beim pfälzischen Aufstand Betheiligte vor das Ausnahms-Gericht gewiesen wurden, wurde vom hiesigen Kassationshof verworfen und nur 38 vor das Spezial-Gericht, die andern aber vor die Assisen zur Aburtheilung verwiesen. — Die ganze hiesige Garnison bis auf die Depot-Kompagnien wird morgen ausmarschiren. Alle Wachen mußten heute Abends noch die Depot-Mannschaften übernehmen.

Dresden, 26. Novbr. [Ueber den Zweck der sächsischen Rüstung.] In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantwortete Staatsminister v. Beust die Riedel'sche Interpellation wegen der Mobilisirung der sächsischen Armee folgendermaßen: Die erste Frage desselben gehe dahin, was die Regierung bewogen habe, die bereits eingestellten Rüstungen wieder fortzustellen? Die Gründe, welche zu der erstern Anordnung Veranlassung gegeben, seien am 7. November von ihm angegeben worden und die Kammer habe damals dabei Beruhigung gefaßt. Von einer auswärtigen Regierung sei — wie er beiläufig bemerken wolle — ein Widerspruch nicht erfolgt. Er habe damals die Befriedigung gehabt, zugleich die Wiedereinstellung der Rüstungen anzeigen zu können. Zwar sei während der Sitzung ein Bericht über die preußischerseits beschlossene Mobilisirung eingegangen, er habe aber demselben nicht Glauben schenken mögen und deshalb keine Erwähnung davon gethan, indeß gleich nach der Sitzung hätten preußische Blätter die Nachricht bestätigt und bald darauf sei auch die Kunde von dem Zusammenstoß in Kurhessen eingetroffen. Die Fortsetzung der Rüstungen sei nun um so mehr gerechtfertigt gewesen, als die Seite, welche am 3. November in Preußen gegen die Mobilmachung des Heeres gesprochen habe, selbst geltend gemacht hätte, daß nach einem solchen Beschlusse die Erhaltung des Friedens sehr schwer, wenn nicht unmöglich werden würde. — Die zweite Frage gehe dahin, ob sich Sachsen nicht neutral verhalten könne wie Hannover? In dieser Hinsicht müsse er zuvörderst darauf aufmerksam machen, daß Hannover sich in ganz anderer geographischer Lage befinde; Sachsen könne durch Neutralität den Krieg nicht von seinen Grenzen abhalten. Sodann handle es sich aber auch noch gar nicht um eine Parteiergreifung zwischen zwei kriegführenden Mächten, sondern nur darum, ob Sachsen für Aufrechterhaltung der Bundesverfassung, die allein ihm seine Selbstständigkeit garantire, die nöthigen Opfer bringen wolle. — Die dritte Frage wodurch die Regierung die ergriffene Maßregel den Steuerpflichtigen gegenüber zu verantworten gedenke? halte er durch seine Darlegung vom 7. November, so wie durch die heutige Antwort für erledigt. — Die vierte Frage endlich: ob die Kammer nicht um ihre Zustimmung zu befragen gewesen wäre? müsse er dahin beantworten, daß in § 79 der Verfassungs-Urkunde die Angelegenheiten, die vor die Stände gehörten, bestimmt vorgezeichnet seien. Die Regierung werde die Competenz der Stände nie mißachten, allein Beschlußfassungen, welche durch kriegerische Ereignisse bedingt wären, seien „der Ausfluß eines Rechts, das an die Zustimmung der Landes-Vertreter nicht geknüpft sei." — §§ 4 und 79 schlügen hier ein, jedoch wolle er zugeben, daß man — wie einst in Sparta nicht an den Vatermord — so auch bei Abfassung der Verfassung nicht an die Möglichkeit eines Krieges zwischen Bundes-Mitgliedern gedacht und deshalb für diesen Fall keine Bestimmung getroffen habe.

Riedel: Er wenigstens habe bei jener Mittheilung, die obendrein ihm und Andern zum größten Theil unverständlich geblieben — keine Beruhigung gefaßt. Die Stände hätten nicht blos das Recht, sondern sogar die Pflicht, nach solchen Angelegenheiten, wo bedeutende Opfer zu bringen seien, zu fragen; ja selbst der Regierung liege die Pflicht ob, den versammelten Ständen Mittheilung deshalb zu machen. Ebensowenig sehe er eine Nothwendigkeit der Rüstungen ein. Habe die Regierung diesen Schritt aus Sympathien für den alten Bundestag gethan, so glaube er nicht, daß das sächsische Volk für diese Errungenschaft mit Gut und Blut einstehen werde, und eben so wenig werde dasselbe geneigt sein, zur Unterjochung zweier deutscher Bruderstämme mitzuwirken. Jedenfalls seien — seiner Ueberzeugung nach — die Stände zu fragen gewesen und wenn nicht in öffentlicher, so doch in geheimer Sitzung. Oder halte etwa die Regierung dies nicht der Mühe werth? sei etwa die Zeit gekommen, wo die Regierung die Kammern selbst nicht für kompetent halte? Wenn die Regierung machen wolle, was ihr beliebe, so sei es am besten, die Kammern nach Hause zu schicken. So viel aber halte er sich verpflichtet, hier noch auszusprechen, daß er und mit ihm der größte Theil des Volkes mit der Richtung, welche jene Rüstungen nähmen, nicht einverstanden sei. Weitere Anträge behalte er sich vor. (Dresdn. Journ.)

Lübeck, 25. November. [Abfahrt der Gefion.] Von zuverlässiger Hand erhalten wir folgende Angaben über die Abfahrt der Fregatte „Eckernförde" von der Travemünder Rhede. Die Fregatte lichtete am Morgen des 23. Nov. früh 2 Uhr die Anker, wurde vom Dampfschiff „Novgorod" bugsirt und erreichte zwischen 4 und 4½ Uhr Dahmehoved. Wegen raschen Laufes der Fregatte ward das Bugsirtau gekappt, worauf beide Schiffe ihre Fahrt bis zum Fehmarn'schen Leuchtfeuer (Marienleuchte) fortsetzten, indem bald die Fregatte, bald das Dampfboot, je nach der Stärke des Windes, den Vorsprung gewann. Hier legten beide Schiffe von 6—7 Uhr bei, um das Tageslicht abzuwarten. Um 7 Uhr gingen sie abermals unter Segel und erreichten gegen 10 Uhr ungefähr die Höhe von Langeland, wobei die Fregatte etwa eine Meile Vorsprung hatte und bei dem stets stärker werdenden Winde immer mehr Segel beisetzte. Hier kehrte das Dampfschiff „Novgorod" um und verlor bei zunehmender dicker Luft bereits innerhalb einer Stunde die Fregatte völlig aus den Augen. Das Dampfschiff suchte wegen scharfen Windes und hoher See Schutz unter Fehmarn, wo es sich um 4½ Uhr Nachmittags bei Puttgarten Nev vor Anker legte. Am 24. Nov. 2 Uhr Morgens ging es wieder in See und erreichte 10 Uhr Morgens mit gesunder Mannschaft und einigen weggeschlagenen Brettern glücklich die Travemünder Rhede. Es ist nach Behauptung Seekundiger mit Zuversicht anzunehmen, daß bei dem vorherrschend günstigen Winde die Fregatte bereits Nachmittags den 24. Nov. bei Nyborg, vielleicht sogar schon weiter gewesen und bereits im Laufe des gestrigen Tages, auch wenn sie bei Nyborg vor Anker gegangen sein sollte, über Skagen hinaus gekommen ist. (L. Z.)

Hamburg, 25. Novbr. [Contreadmiral Brommy] hat uns von Lübeck aus besucht und ist heute mit Kapitän Reichardt, die Kriegsfregatte „Ernst August" befehligend, nach Cuxhaven abgegangen. Von dort aus bringt das letztgenannte Kriegsschiff den Contreadmiral an Bord der „Gefion." Letztere hat in diesem Augenblicke muthmaßlich schon den Belt passirt. Von Travemünde bis Laland sollte die „Gefion" durch ein Lübecker Dampfschiff, das zwischen dort und St. Petersburg zu fahren pflegt, bugsirt werden. Hoffentlich sind keine unerwartete Hindernisse der Ausführung dieses Planes entgegengetreten. (W. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

□ **Kiel**, 26. Novbr. Am nächsten Freitag wird die schleswig-holsteinische Navigationsschule unter Leitung des See-Lehrers Käster in Kiel eröffnet werden. Schüler werden zu jeder Zeit für das wöchentliche Schulgeld von 1 Rthl. aufgenommen und das Honorar für das Examen beträgt 36 Mark. Unsere Festungs-Ingenieure haben bereits bisher den Anforderungen der Zeit im vollen Maße entsprochen. Leider konnte man von unserem Feld-Geniewesen nicht Aehnliches sagen, das Fehlschlagen der Friedrichsstädter Belagerung muß zum Theile diesem Mangel zugeschrieben werden, indem dort bekanntlich eine Brücke so unfest geschlagen war, daß sie mit viel Mannschaft einstürzte. Wir haben aber jetzt in dem ehemaligen Chef in Görgey's Stabe für dieses Fach einen Mann gewonnen, der diese Lücke in unserem Kriegswesen auszufüllen im Stande ist. Derselbe hat zur Zeit über die Theiß mehr als hundert Brücken geschlagen und er ist jetzt auch mit dem Pontonierwesen vielfach beschäftigt. General Willisen legt auf diese Acquisition einen um so höheren Werth, als der Feind in dem in Frankreich ausgebildeten Genie-Offizier v. Flensborg, welcher Chef des dänischen Generalstabes ist, eine Wehrkraft besitzt, welcher er seine letzthinnigen Erfolge meistens zu verdanken hat und der auch noch jetzt das Brücken- und Wegwesen der ganzen feindlichen Linie entlang leitet. Jetzt werden wir auch in dieser Hinsicht hinter dem Feinde nicht zurückstehen. Daß Letzterer gleichfalls auf einen Winterfeldzug gefaßt ist, geht aus den ungeheuren militärischen Licitationen hervor, welche er in Schleswiger Lokalblättern ausschreibt. So finden wir soeben im Husumer Wochenblatt Millionen Pfund Speck, Tausende von Ochsen u. s. w. zur Licitation in Flensburg ausgeschrieben. Aus den der Landesversammlung gemachten Vorlagen entnehmen wir Folgendes: die Verpflegungsgelder haben Baden und Lippedetmold theilweise, Nassau voll zurückgezahlt im Betrage von 322,725 Mark, und es ist dieses Geld zu den laufenden Ausgaben nicht verwendet. Die Gesammtsumme der bis zum 23. d. M. eingelaufenen deutschen Unterstützungsgelder beläuft sich auf 1,079,696 Mark, davon Bremen 100,000 Rtl. 371,750 Mark ist für die freiwillige Anleihe gezeichnet und ungefähr ⅓ davon eingezahlt. Die letzte votirte Anleihe vom Vermögen und Einkommen ergiebt etwa 5,000,000, obgleich ihre Höhe bis auf 8,000,000 angenommen wurde. Von der Autorisation noch ½ pCt. vom Vermögen zu erheben, ist noch kein Gebrauch gemacht worden. Am 23. d. Mts. enthielt die Kasse 3,028,411 Mark. Der muthmaßliche Ueberschuß von 1850 zu 1851 beträgt 4,616,255 Mark. Die gewaltsame Intervention ist, schließt der Bericht, etwas in die Ferne gerückt. Eine andere Vorlage stellt für 1851 das Lottospiel in Altona in Wegfall. Heute fand eine geheime Sitzung statt, worin, wie man sich vertraulich erzählt, eine neue Sendung Preußens besprochen wurde. Dieselbe soll unglaubliche Zumuthungen stellen.

Oesterreich.

♉ **Wien**, 26. Novbr. [Zur Rüstung. — Der preuß. Gesandte. — Das Großherzogthum Baden. — Ein Blick in Oesterreichs deutsche Politik.] Die Grenadier-Bataillone werden in ein Reservecorps vereinigt und sollen 20,000 Mann stark, vorerst die Garnison bilden, im Fall der Nothwendigkeit aber gleichfalls ins Feld rücken und zwar unter der persönlichen Führung Sr. Maj. des Kaisers selbst. — Das heute allgemein verbreitete Gerücht von der Abreise des Grafen Bernstorff hat sich nicht bestätigt und bewohnt der k. preuß. Gesandte noch immer sein Miethhotel in der Kärnthnerstraße, das der Gräfin Karolyi gehört, allein man sieht seine Abreise als bevorstehend an, und die Neugierigen, die sich vor dem Hause sammeln, begaffen den alten vierschrötigen Portier, der in seinem Tressenhut mit schwarz-weißer Kokarde ziemlich trübselig darein schaut. — Der Erzherzog Wilhelm geht morgen als Artillerie-Direktor zur Armee nach Böhmen ab, ein Posten, dem der 24jährige Prinz begreiflicherweise durchaus nicht gewachsen sein kann; doch man hat dafür gesorgt, daß ihn der k. k. Artillerie-Oberst Smola dorthin begleitet, einer der tüchtigsten Offiziere der Armee, in dem die preuß. Artillerie ohne Zweifel einen ebenbürtigen Gegner kennen lernen würde. — Hier will man mit Bestimmtheit wissen, es sei im Großherzogthum Baden ein Thronwechsel im Anzuge, indem der Großherzog abdanken und dem Erbprinzen Friedrich Platz machen wolle; ein Entschluß, der längst im Stillen vorbereitet worden und dessen Ausführung bisher bloß durch den Einfluß der Großherzogin verzögert ward, welche eine eifrige Preußenfreundin ist und den Plänen der österr. Partei mit Entschlossenheit entgegenwirkt. Es frägt sich bloß, ob die betreffende badische Regierung mit ihrem engen Anschluß an Oesterreich nicht alsbald mit der öffentlichen Meinung des Landes und deren legalen Trägern, den Kammern, in einen argen Konflikt gerathen müßte, doch in dieser Hinsicht scheint man jetzt nicht mehr so skrupulös zu sein, sondern im Vertrauen auf die Bajonette mächtiger Bundesgenossen sucht man vielmehr die Gelegenheit zu nützen, um die Kraft unbequemer Verfassungen zu brechen und den fürstlichen Willen wieder im politischen Leben zur Geltung zu bringen. — Ein hoher Staatsbeamter, der den Ministern nahe genug steht, **um die Tragweite der im Kabinet herrschenden Ideen der auswärtigen Politik berechnen zu können**, hat sich vor etlichen Tagen in einer Abendgesellschaft, wo über die Differenzen mit Preußen und die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Bundeskrieges debattirt und wobei offene Mißbilligung der österreichischen Richtung laut ward, über diese wichtige Phase der hiesigen Kabinetspolitik in einer Weise ausgesprochen, welche allseitiges Erstaunen hervorrief und jedenfalls bekannt zu werden verdient. Er suchte nämlich die aggressive Haltung des österr. Ministeriums in den deutschen Angelegenheiten damit zu rechtfertigen, daß **Oesterreich allerdings seinen Einfluß in Deutschland um jeden Preis vermehren müsse**, um nicht blos nicht durch Preußen überflügelt zu werden, sondern überhaupt nicht von seiner Machtfülle einzubüßen, **da die italienischen Kronländer doch nicht würden auf die Dauer behauptet werden können.** Diese offenherzige Erklärung der deutschen Politik Oesterreichs läßt vermuthen, daß der Regierung wichtige Aufschlüsse über die Absichten der auswärtigen Mächte, namentlich Frankreichs, in Bezug auf Italien, zugeflossen sein müssen, welche vermögend sind, solche Resignation zu begründen, von der man sogar in den blutigen Stürmen von 1848 sehr weit entfernt war.

N. B. **Wien**, 27. Nov. [Tagesbericht.] Der Kaiser übertrug (wie bereits gestern kurz angezeigt) dem bevollmächtigten Civilkommissär in Ungarn, Frh. v. Gehringer die interimistische Leitung der Statthalterei für Ungarn. — Vor wenig Monaten ward diese Ernennung noch wie eine Lebensfrage für Ungarn betrachtet. In den so sehr bewegten Momenten jetzt, geht sie beinahe spurlos vorüber. Das Innere der Monarchie, dessen Organisation und Reform, Alles tritt in den Hintergrund. Die öffentliche und Privattheilnahme bethätigt sich nur mit den Finanzverhältnissen und mit der darauf rückwirkenden Kriegs- oder Friedensfrage. Uebrigens hat die Ernennung Gehringers zum Statthalter keinesweges überrascht. In wohlunterrichteten Kreisen wußte man schon lange, welchen Werth der Minister des Innern auf diese Ernennung legte, die den Altkonservativen beweisen soll, wie wenig man geneigt ist, ihren Forderungen Gehör zu schenken. — Gehringers Gesundheit ist nur sehr geschwächt, weshalb einige Zweifel aufsteigen, ob er seinem Amt wird lange vorstehen können, denn nächst den überhäuften Arbeiten, wird er auch Parteien in Ungarn zu bekämpfen haben. — Der Kaiser verordnete eine genaue Revision aller Festungsarreste, und muß jetzt über den Zustand derselben in Sanitäts- und anderen Rücksichten, sowie über Verpflegungs- und Bequartierungsart der Sträflinge umständlicher Bericht abgeliefert werden. — In Zukunft werden nur jene Geschäftsleute zur Börse zugelassen, welche mit Legitimationskarten versehen sind. Jede Art Winkelbörse, vorzüglich die in der Grünangergasse, wird geschlossen, und jede Zusammenkunft zu Börsengeschäften außer der Börse auf das Strengste verboten. Die dawider Handelnden werden strengen Strafen unterzogen. Man betrachtet dies als einziges Mittel, den sogenannten Metallwucher unschädlich zu machen. — Beinahe alle Blätter beeifern sich heute das Grundlose der Furcht der Börse zu beweisen, und sie lächerlich zu machen, wobei wie gewöhnlich die kleinen Blätter das größte Geschrei erheben. Gegen Thatsachen läßt sich aber schwer argumentiren. — Der Ministerrath hat täglich mehrstündige Konferenzen, denen der Kaiser präsidirt. Gestern soll ein besonders wichtiger Tag gewesen sein, da man behaupten wollte, daß des Abends der Telegraph das Ultimatum von Preußen überbrachte. Noch herrscht ein Geheimniß darüber. — Der durch die reaktionäre Broschüre „Bekenntnisse eines Soldaten" bekannt gewordene Major Emerich v. Barbaczy hat seinen Posten in der Militär-Zentral-Kanzlei des Kaisers wieder eingenommen, und arbeitet in seinem früheren Büreau.

N. B. [Wiener Börse, 27. Novbr.] Alte Besucher der öffentlichen Börse wie des sogenannten Börsen-Kaffeehauses in der Grünangergasse erinnern sich kaum in Napoleonischen Zeiten einer solchen Bewegung, wie seit Beginn dieser Woche stattgefunden hat. Eine Variation von 20 bis 25 Prozent im Agio der Metallmünze gehört zu den seltensten, betrübendsten Erscheinungen. Wenn es wahr ist, daß nur eine wichtige Diagnose, die Erkennung des Ursprungs, des Sitzes und des Verlaufs der Krankheit es dem Arzte möglich mache, die geeigneten Mittel zur Hebung des Uebels auszuwählen und anzuwenden: so steht die Heilung unserer Geldzustände in ziemlicher Ferne. Im Chorus rufen die Blätter und die Politikaster: die Agiotage sei Schuld an diesem rapiden Aufsteigen der Geldkourse, während es der Wahrheit weit näher ist, daß die Agiotage auf das Fallen des Gold-, Silber- und Wechsel-Agio maßlos spekulirte. Das Börsen-Kaffeehaus entbehrt aller und jeder Geldmittel und Kredits, um nur irgend eine nennenswerthe Spekulation in Komptanten zu entriren; die dortigen Geschäftsleute konnten daher leichter auf das Herabgehen des Agio spekuliren, weil sie dazu nicht im Besitze der effektiven Münze zu sein brauchen. Die Börse selbst hat nicht zur Hälfte, nicht zu ¾, nicht zu $^{9}/_{10}$, sondern zu $^{99}/_{100}$ auf das Fallen des Silberagio und der Devisenkourse spekulirt; nicht etwa aus Gutgesinntheit, sondern aus Vertrauen in die erwachsenden Kräfte des Staates und aus dem Glauben, der Friede könne nicht gestört werden. Das Buch jedes notablern Banquiers muß es offenkundig darlegen, daß seit Monaten, bis auf Chancen einzelner Tage, fortwährend auf das Sinken des Metallagio in großen, ja in enormen Summen für ausländische Plätze trassirt wurde. — Die letzten, für die Börse schreckenvollen Tage haben daher immense Verluste der eigentlichen Gold- und Silber-Spekulanten nach sich gezogen und ein Blick auf die leichenblassen Gesichter im Börsensaal wird jeden Physiognomiker überzeugen, daß hier die Pulse stocken, nicht in Freude sich bewegen. Ein gänzliches Verkennen der wahren Sachlage ist es, der Agiotage und der ohnehin ohnmächtigen Börse den Stand der jetzigen Kourse aufzubürden. Die Furcht um das kleine Besitzthum, die Angst vor der nahenden politischen Konstellation, der Schrecken der Ungewißheit hat die Massen ergriffen, und der in die Wechselstube eilende Privatmann, welcher 100 oder 50 Fl. à tout prix gegen Silber wechselt, reißt den großen Bankier hinein in die schrankenlose Bewegung. — In einer Wechselstube war der Andrang so groß von Landleuten und Livréebedienten und dergleichen der Börse ganz fremden Individuen, daß der Wechsler erklärte, jeder Partei nur 200 Fl. geben zu wollen, wofür ihm aber auch jeder verlangte Preis erlegt werde. Heute sperrte ein Wechsler sein Gewölbe, und wie man hört, will er gar nicht mehr öffnen. — Ist dies Agiotage? — Der Börsenkommissär erschien heute in Uniform, und musterte besonders die Fremden, welche seit einigen Tagen zuströmen; sie Alle forderten Silber und Gold. Ist das Agiotage? — Der Geschäftsmann kann wohl nicht die Zeitungen und die diplomatischen Verhältnisse studiren, die er auch gar nicht versteht; er hält sich einfach an den materiellen Ausdruck des schwindenden oder wiederkehrenden Vertrauens. — Die Furcht ist nicht durch Diatriben gegen eine Agiotage zu vertreiben; im Gegentheil, solche ungerechtfertigte, durch jeden Börsenmäkler leicht thatsächlich zu widerlegende Anschuldigungen erhöhen das Mißtrauen, und entmuthigen zu ferneren Spekulationen. Die Ansicht, daß der Börsenspekulant nur beim Steigen gewinne, oder nur beim Fallen verliere, zeigt von totaler Unkunde des Geschäftes; ist aber

leider die Ursache, daß in Wien, wo bisher die Börse zu den Censur verbotenen Objekten der Presse und des Studiums gehörte, meist darauf hin verurtheilt wird. — Die Folge dieser Anklagen ist, daß heute, wo eine günstige Reaktion eintrat, in Gold und Silber gar kein Schluß stattfand und nur aufs Gerathewohl irgend ein nomineller Kours dafür notirt werden kann. Gold circa 55—60, Silber circa 45—50. — Die Börsenmänner machten aber fast gar kein Geschäft mehr in Komptanten. — Es wäre wohl Pflicht der Journale, sich von diesen Thatsachen eher Kunde zu verschaffen, bevor sie Denunziationen publiziren, welche die angesehensten Bankhäuser, die ehrenwerthesten Kaufherren und die solidesten Geschäftsfirmen als Verbrecher am Staat, als Feinde der Regierung, als Wucherer am Landeskredite Preis geben. Dieser gestern erzeugten Stimmung ist das Aufsehen erregende Emporschnellen der Komptantenkourse, nebst der im ganzen Publikum hervorgerufenen Furcht durch politische Diatriben zuzuschreiben. Daß Preußen die in seinem Besitz befindlichen österr. Papiere um jeden Preis auf den Markt wirft, mag ebenfalls zum Schrecken nicht wenig beigetragen haben.

Am 24sten ist, neuesten Nachrichten zufolge, in Böhmisch Friedland auch Artillerie, 6 Kanonen und 2 Haubitzen, eingerückt. Kavalerie soll folgen. Auch die Truppenbewegungen in der Gegend von Reichenberg vermehren sich. Am 19. und 20. rückten in diese Stadt 1 Bataillon österreichische Jäger und 1 Regiment Kroaten ein und bezogen Cantonnements in der Umgegend. Zum 21. war ein Regiment Dragoner daselbst angesagt. In Hohenelbe stand am 25. ein Bataillon Infanterie, etwa 800 Mann stark; auch soll in Morgenstern, an der Grenze des Löwenberger Kreises 1 Bataillon Jäger angelangt sein. Endlich wird als gewiß versichert, daß auch die böhmischen Dörfer an der sächsischen Grenze unweit Zittau österreichisches Militär als Einquartirung erhalten werden. Die Bewohner der preußischen Grenzdörfer sind in großer Besorgniß über diese kriegerischen Anstalten (weil sie, was die C. C., welcher wir vorstehende Angaben entlehnen, hinzuzufügen vergißt, ohne militarischen Schutz sind und begründete Gefahr vor Plünderungen vorhanden ist.)

Italien.

*** Rom,** 17. Novbr. Der katholische Patriarch von Jerusalem Herr Valergo befindet sich seit einigen Tagen hier; auch General Cabrera nebst Gemahlin ist eingetroffen. Dem Vernehmen nach sollen zur Weihnachtszeit mehre neue Kardinals-Ernennungen stattfinden.

*** Ferrara,** 19. Novbr. Die Stadt hat an ihren Kunstschätzen einen unersetzlichen Verlust erlitten. Bei Gelegenheit eines Festes in der Kirche St. Domenico fing der Vorhang unter dem kostbaren Gemälde des berühmten Meisters Benevenuto da Garofalo Feuer, und zerstörte fast gänzlich eines der ausgezeichnetsten Produkte dieses unsterblichen Künstlers.

**** Turin,** 22. Nov. Morgen wird das Parlament für die neue Session feierlich eröffnet werden. Wie wir aus verläßlicher Quelle vernehmen, wird in der diesfälligen Thronrede der Besonnenheit der Vertreter des Volkes, so wie der ruhigen und würdevollen Haltung des Volkes Lob gespendet werden. Man wird sagen, die freien Institutionen auf praktische und allgemein befolgte Gesetze gestützt, würden sich naturgemäß entwickeln. In Betreff der Finanzen wird die Andeutung erfolgen, daß dieselben der Regelung bedürfen, und daß das Parlament den dieserhalb vorgeschlagenen Gesetzen große Sorgfalt zu widmen haben werde. Was die Verhältnisse zum römischen Stuhle betrifft, so sind dieselben noch immer schwebend. Das System des jetzigen Ministeriums hat bis zur Stunde die Oberhand behauptet. In diesem Sinne wird dieser Angelegenheit in der Thronrede, die bereits mehreren Gesandten befreundeter Regierungen mitgetheilt worden sein soll, gedacht werden. Man will darin ausdrücken, daß man unbeschadet der schuldigen Achtung gegen den heil. Stuhl, fest entschlossen sei, die Unabhängigkeit der Gesetze des Landes zu bewahren, und daß dieselben den neuen Verhältnissen entsprechend, abgeändert werden mußten. — Vor einigen Tagen wollte die Wiener Balletmeisterin Mad. Weiß, welche bekanntlich mit einer Gesellschaft junger Tänzerinnen eine Kunstreise durch Europa und Amerika machte und überall großen Beifall erntete, hier mehrere Vorstellungen auf dem Theater Carignan geben. Aus nationalem Hasse gegen Alles was deutscher Abkunft ist und deutschen Namen führt, ward der Impresario des Theaters förmlich bedroht, wenn er die Vorstellungen stattfinden lasse. — Der „Risorgimento", bekanntlich ein mit dem Ministerium in Verbindung stehendes Organ, bringt beinahe täglich leitende Artikel über die deutschen Angelegenheiten. Sie sind durchaus zu Gunsten Preußens und zum Nachtheile Oesterreichs geschrieben. Die Sympathien der piemontesischen Regierungskreise für die unionistischen Bestrebungen Preußens treten darin unverholen hervor. In einem der letzten Aufsätze dieser Art wird die Geschichte der Verhandlungen erzählt und in Bezug auf die friedlicher lautenden Nachrichten der Schluß gezogen, daß eine Ausgleichung bevorstehe. Der Publizist des „Risorgimento" will gleichwohl nicht gelten lassen, daß eine solche Ausgleichung eine dauernde sein könne und behauptet, es werden die Schwierigkeiten der Frage früher oder später wieder auftauchen. Oesterreich werde ungeachtet vorbeigehender Erfolge im Wesentlichen Nichts gewinnen, Preußen jedoch die Sympathien der Nation dauernd bewahren, um in günstiger Zeit mit seinen Plänen wieder hervorzutreten.

Frankreich.

× Paris, 25. Nov. [Tagesbericht.] Die deutschen Angelegenheiten beschäftigen die Gemüther sehr lebhaft, und die Situation wird hier vielleicht in einem viel düsterern Lichte angesehen, als sie es in der That sein mag. Der Krieg in Deutschland wird hier als unvermeidlich betrachtet. Das Hauptinteresse des Tages knüpft sich daher heute auch an die Diskussion in den Bureaus der Nationalversammlung über den Gesetzentwurf, betreffend die Kreditsbewilligung für die Verstärkungen der Ost-Garnisonen. — Eine Präliminar-Debatte fand nun heute in den Abtheilungen statt, wo sich die Repräsentanten zur Wahl einer Kommission von 15 Mitgliedern versammelt hatten, welche den beantragten Kredit einer nähern Prüfung unterwerfen soll. Die Debatte war in allen Abtheilungen sehr lebhaft und sie bietet in sofern ein besonderes Interesse, als sie das erste Anzeichen über die Disposition der Versammlung giebt, Betreffs der Haltung, welche Frankreich inmitten der europäischen Verwickelungen, welche aus der deutschen Frage hervorgehen können, einnehmen soll.

Am bedeutendsten ist die Diskussion in der 11. Abtheilung gewesen. Zwei Minister, die Herren Baroche und Rouher, waren anwesend; ebenso Herr Persigny. Der General v. St. Priest sprach sich in feierlichen Ausdrücken gegen den Gesetzentwurf aus. Der General suchte darzuthun, daß Oesterreich nur die Verträge von 1815 repräsentirt und von diesem Gesichtspunkte aus die Beschlüsse der Frankfurter Bundesversammlung durchzuführen sucht. Preußen hingegen handle nur im Namen der neuen Interessen, welche seit 1848 hervorgetreten sind. Herr St. Priest scheint hierbei vergessen zu haben, daß Oesterreich, indem es mit seinem ganzen Staaten-Komplex in den deutschen Bund eintreten will, das durch die Verträge von 1815 festgestellte Gleichgewicht aufhebt.

„In diesem Augenblick, — fügte der Redner hinzu — brauchen wir gar nicht auf den Fond der Angelegenheit einzugehen, aber die Versammlung muß ihre Ansicht auf eine energischere Weise kundgeben, als durch die Worte „strikte Neutralität."

Die Minister hielten sich an die Botschaft des Präsidenten: strikte Neutralität bis zu dem Augenblicke, wo die Interessen Frankreichs auf dem Spiele stehen werden, und Vorbereitung für alle Eventuglitäten. Dies Programm ist etwas vag. Wer soll den Augenblick bestimmen, wo die Interessen Frankreichs gefährdet sind?

Herr Thiers verhielt sich ganz schweigsam. Man hielt ihn für einen Gegner des Kredits und zwar deshalb, weil er ihn für den Frieden zu groß und für den Krieg zu gering erachtet.

Im Ganzen ist die Opposition gegen den Kredit zumeist von Berg-Mitgliedern ausgegangen. Die gewählte Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: **Molé, Bedeau, Piscatory, v. Beaumont, v. Remusat, v. Montebello, v. Mornay, Lacrosse, General Oudinot, Daru, v. Corcelles, Dufour, Berryer, v. Montalembert, v. Dalmatie.**

Die Majorität spricht sich für die strikteste Neutralität aus, und dürfte sich, da die Legitimisten bei allen Abstimmungen den Ausschlag geben, eher zu Oesterreich als zu Preußen hinneigen. Das Elysee aber verfolgt eine entgegengesetzte Richtung. Es ist gewiß, daß der Kredit votirt werden wird, aber mit den friedlichsten Verklauselungen.

Unterdeß fährt man fort die Truppen nach den Ost-Grenzen zu befördern. Ein Gerücht behauptet, Hr. v. Persigny sei im Namen des Präsidenten Verpflichtungen gegen den König von Preußen eingegangen, und man fürchtet, daß die National-Versammlung die Ratification dieser Versprechungen verweigern wird. Im Elysee aber behauptet man, der verantwortliche Präsident könne auf eigene Gefahr hin Verpflichtungen eingehen.

Hr. v. Persigny soll dem Präsidenten übrigens ein eigenhändiges Schreiben des Königs von Preußen überbracht haben, in welchem die deutsche Angelegenheit und die persönliche Position des Königs sehr detaillirt behandelt wird. Herr v. Persigny hat Berlin am Tage vor der Kammer-Eröffnung verlassen, hatte aber eine Abschrift der Thronrede von dem Könige erhalten.

Die innere Angelegenheit anbelangend, so ist es nicht zu verkennen, daß die Situation täglich trüber wird; der gute Eindruck der präsidentiellen Botschaft verschwindet nach und nach, und die Freunde des Elysee tragen das Ihrige dazu bei, daß die Majorität die Erklärungen jenes Dokuments schnell genug vergesse. Der Artikel des Moniteurs, den ich Ihnen gestern mitgetheilt, und in welchem dieses Journal den Legitimisten und Orleanisten den Krieg zu erklären scheint, hat einen sehr schlechten Eindruck hervorgebracht. Macht man den Präsidenten auch für solche Angriffe gerade nicht verantwortlich, so fällt immer doch ein Theil der Erbitterung auf ihn zurück, da die Angriffe von seinen Feinden ausgehen.

Andererseits versichert man, daß in Betreff der Proposition auf die Errichtung einer selbstständigen Parlaments-Polizei, keine Verständigung zwischen dem Minister und der Permanenz-Kommission zu ermöglichen gewesen. Die Verhandlungen sollen gänzlich abgebrochen sein und man erwartet demnach eine sehr lebhafte Debatte in der Versammlung.

Die heutige Sitzung der National-Versammlung hat erst in dem Augenblicke Interesse erregt, als die Proposition des Generals Fabvier auf Freilassung Abdel-Kaders zur Debatte kam. Der Antrag ist mit großer Majorität verworfen worden.

Osmanisches Reich.

*** Konstantinopel,** 14. Novbr. Eben ist ein neues Handelsgesetzbuch veröffentlicht worden. Der Minister des Auswärtigen theilte diesfalls allen Legationen ein Memorandum vom 2. Muharrem 1267 mit; ein zweites bezügliches Memorandum datirt vom 7. Muharrem 1267.

†† Beirut, 13. Novbr. Die Angelegenheit des preußischen Unterthans Romano ist beigelegt. Sowohl Kiaja Bey als Said Pascha werden von ihren Posten enthoben und der Familie des Romano 30,000 Piaster zur Entschädigung ausbezahlt. — Die in Balbek ausgebrochenen Unordnungen wegen Widersetzlichkeit gegen die Konskription kosteten viel Blut. Die christlichen Einwohner des Dorfes Matula wurden, ungeachtet sie den Rebellen kein Gehör geben wollten, von den türkischen Truppen ausgeplündert und zwar durch einen ganzen Tag; auch die Kirchen wurden verwüstet, Frauen und Mädchen entehrt, der hiesige sardinische Konsul erhielt eine ausführliche Schilderung des Gemetzels in Aleppo. Gestern langte hier die Nachricht an, daß die Rebellen dort gänzlich geschlagen worden sind. Am 6. d. M. wurde der Rädelsführer Abdullach Babulsi nebst 5 Helfershelfern vom Generalgouverneur arretirt, am 7. wurden die Rebellen im Quartier Souk el Koussa binnen 3 Stunden geschlagen; am 8. erhoben sie sich wieder im Quartier el Krai und wurden nach 2 Stunden überwunden, am 9. machten sie den letzten Revolteversuch im Quartier Babel Nerab, und nachdem die regulären und irregulären Truppen über 3 Stunden aus Gewehren und Kanonen dieses Quartier beschossen hatten, flohen die Insurgenten. Man sagt, es seien 500 derselben todt geblieben. Von den Truppen sollen 70—80 Mann gefallen sein. Ein Bazar im Quartier Souk el Koussa wurde bei dieser Gelegenheit ein Raub der Flammen. Man lobt die Thätigkeit des Generals Kerim Pascha, welcher dem Rathe des Renegaten Bem pünktlich Folge geleistet haben soll.

Provinzial-Zeitung.

§ Breslau, 28. Nov. Der Minister des Innern, Herr v. Manteuffel, ist heute früh in Begleitung seines Gefolges und des Herrn Oberpräsidenten v. Schleinitz, mit dem gewöhnlichen Frühzuge der oberschlesischen Eisenbahn von hier nach Oderberg abgereist.

*** Breslau,** 28. Novbr. In der heutigen Wahl der ersten Abtheilung zum Gemeinderathe erschienen von 447 Wahlberechtigten 200 Wähler. Die erforderlichen 7 absoluten Majoritäten wurden erzielt, indem die Herren F. W. Hübner, 146 Stimmen, Rudolph, Seilermeister 137 Stimmen, H. L. Günther, Kaufmann 135 Stimmen, Karl Scharff, Kaufmann 132 Stimmen, Lessenthin, Stadtältester 131 Stimmen, F. W. Berend, Apotheker 129 St., Rechnungsr. Bormann 111 St. erhalten, demnach zu Gemeinderathsmitgliedern gewählt sind. Die konservative Partei hat also ihre Kandidaten-Liste vollständig durchgesetzt. Nach den Genannten empfingen die meisten Stimmen: die Herren Zimmermeister Severin 83, Kaufmann Karl Neugebauer 79, Banquier M. Landsberger 64, Zimmermeister Morawe 58, Mühlenbesitzer Anwandt 53, Fabrikbesitzer E. Hoffmann 46, Js. Friedenthal 36, sämmtlich die Kandidaten der konstitutionellen Partei, die wieder viele Stimmen durch Zersplitterung verloren, sich also ihre Niederlage selbst zuzuschreiben hat.

Zur Einquartierungs-Frage.

In der Nr. 326 dieser Zeitung wird es versucht, den von den Stadtverordneten gefaßten Beschluß zur Heranziehung der Miether bei der Einquartierung dadurch rechtlich zu begründen, daß:

1) nach dem Gesetze vom 12. November 1850 die Gewährung des Natural-Quartiers zu den allgemeinen Gemeindelasten gehöre, und
2) die Gemeindelasten von der Gesammtheit der Einwohnerschaft getragen werden müssen, hierdurch aber
3) die gesetzliche Bestimmung im § 289 Tit. 21, Th. 1 Allg. Landrecht alterirt, und die hier als Reallast angegebene Verpflichtung der Vermiether zur Gewährung des Natural-Quartiers eine Gemeindelast geworden sei.

Die Rücksicht der Billigkeit wollen wir bei dem gedachten Beschlusse nirgends bestreiten, nur hätten wir es auch als nothwendige Konsequenz unserer Gemeinde-Repräsentation erachtet, daß ein jährliches Einkommen von 300 Thlr. als Minimum der Mitbetheiligung festgesetzt werde, weil die Mitglieder der Gemeinde mit einem geringeren Einkommen von der Wahl der Gemeindevertreter ausgeschlossen, und mithin bei Berathung der Gemeindeverhältnsse nicht vertreten sind. Die rechtliche Begründung des mehrerwähnten Beschlusses müssen wir aber bestreiten.

Nach den bestehenden Gesetzen gehört die Einquartierung zu den außerordentlichen Lasten von der Sache und wird im Frieden von dem Vermiether und dem Verpächter ganz getragen. Im Kriege werden die Verpflegungskosten von beiden Theilen gemeinschaftlich getragen, jedoch bei der Landgüterpacht nur dann, wenn die Verpflegung nicht ganz unbedeutend ist, indem für geringe Einquartierung, welche nicht über drei Tage dauert, der Pächter von dem Verpächter nichts zu fordern hat. Es hat dabei — wie Bornemann in seiner systematischen Darstellung des preuß. Civilrechts bemerkt — der allgemeine Grundsatz obgewaltet, daß die von der Sache zu entrichtenden Lasten den Eigenthümer treffen, und es ist daher zwischen dem Gewähren des Raumes zum Obdach (dem Quartiergeber) und dem sonstigen Aufwande (der Verpflegungslast) zu unterscheiden. Eine Last von der Sache bleibt die Einquartierung, wenn auch durch das Gesetz vom 12. Novbr. 1850 dieselbe zu den Gemeindelasten gerechnet wird. Der Staat verlangt von der Gemeinde die Gewährung des Natural-Quartiers, ohne daß in den sonst bestehenden rechtlichen Verhältnissen etwas geändert wird.

Die Befreiung vom Natural-Quartier ist ein — wo nicht ausdrücklich entgegenstehende Kontraktsbestimmungen vorliegen — wohl erworbenes Recht des Miethers, und dieses kann ihm durch das Gesetz v. 12. Novbr. 1850 nicht entzogen werden. Man könnte zwar einwenden, daß seit dem 18. März 1848 manches andere wohl erworbene Recht mit und ohne Entschädigung aufgehoben worden ist, allein gerade dieser Einwand ist nur da begründet, wo das Gesetz ausdrücklich die Aufhebung wohl erworbener Rechte ausgesprochen hat. Wir vermissen aber im vorliegenden Falle die ausdrückliche Bestimmung des Gesetzes vom 12. November 1850, und da alle Gesetze so lange in Kraft bleiben, bis sie ausdrücklich aufgehoben werden, so muß die Annahme gelten, daß der § 289, Tit. 21, Th. 1 Allg. Landrecht nicht aufgehoben worden ist, und es sonach dabei bewendet, daß die Einquartierung zu den vom Vermiether zu tragenden Lasten gehört, unbeschadet des Rechts des Staates, die Gewährung des Naturalquartiers von der Gemeinde zu fordern, weil er nur zu dieser, und nicht zu den einzelnen Gemeindemitgliedern in ein Rechtsverhältniß treten will. Ein ähnliches Verhältniß findet bei den Lasten einer Dorfgemeinde Statt.

Spanndienste z. B. werden nicht von der gesammten Gemeinde aufgebracht, sondern nur von den mit Gespann versehenen Gemeinde-Mitgliedern verrichtet, § 38, Tit. 7, Th. 2 Allg. Landrecht, und doch sind sie gleichfalls als Gemeindelasten im Gesetze bezeichnet.

Die Frage, ob event. aber der Miether wegen der theilweisen Schmälerung seines kontraktlich erworbenen Rechts verhältnißmäßigen Erlaß am Miethszinse nach § 300 Tit. 21, Th. 1 Allg. Landrecht zu fordern befugt ist, würden wir bejahen, und es würde daher der Fall eintreten, daß der Vermiether indirekt doch allein die Einquartierungslast zu tragen hätte.

Audiatur et altera pars.

Breslau, 28. November. [Theater.] Zum Benefiz der Madame Gundy: Die Jüdin von Halevy.

Die „Jüdin" ist vor einigen Jahren eine Lieblingsoper unseres Publikums gewesen. Nach einer längeren Zwischenzeit ist sie gestern „neu einstudirt" über die Bühne gegangen, und zwar mit einem so guten Erfolge, daß sie wohl wieder einige Zeit auf dem Repertoir verbleiben wird.

Das Werk ist zur Genüge bekannt. Edle Melodie, geistreich kombinirte Instrumentation und dramatischer Ausdruck zeichnen diese Composition Halevy's in einer Weise aus, daß sie dem Kenner wie dem Laien Genuß und Befriedigung gewährt.

Die Darstellung bot viel Vortreffliches. Die Partie der „Recha" gab Mad. Gundy Gelegenheit, den ganzen Reichthum ihrer schönen Stimme auf das Vortheilhafteste zu entwickeln. Sie sang mit ergreifendem Ausdruck. Wohlthuend wirkte die Mäßigung, welche die Sängerin dieses Mal auch in den leidenschaftlichsten Momenten einzuhalten wußte. Wir legen hierauf ein ganz besonderes Gewicht; ohne die künstlerische Ruhe des Darstellers kann seine Leistung keinen reinen Genuß gewähren. — Von besonders dramatischem Effekt war die Leistung im 2. Akte, in dem auch der Höhepunkt der Partie liegt. Mad. Gundy nüancirte hier mit sehr richtigem Gefühl, der Vortrag hatte warmes Leben.

Im 3. Akte wünschten wir eine kleine Abänderung. Recha muß nicht in den Vordergrund treten, wenn ihr Vater das Geschmeide der Prinzessin überreicht, sondern vielmehr so lange in dem Hintergrunde verweilen, bis Eudora die Kette dem Prinzen umhängen will. Erst in diesem Momente trifft ihn ihr Blick, und von Leidenschaft ergriffen, stürzt sie sich zwischen Leopold und Eudora. Die Situation dürfte auf solche Art bei weitem mehr dramatisch markirt werden.

Fräulein Babnigg sang die „Eudora" mit jenem poetischen Duft und jener edlen Grazie, durch welche alle von ihr repräsentirten Gestalten in einem verklärten Lichte erscheinen. Ihr hat der Gott der Kunst eine Gabe verliehen, die groß und unschätzbar ist: ästhetisches Maß. Dies leitet sie jederzeit so richtig, daß sie Gesang und Spiel niemals auseinander fallen läßt. Energische Leidenschaft ist nicht ihre Sache; dem Elegischen, Zarten und Innigen aber giebt sie einen Ausdruck, in dem jeder Hauch seelenvoll ist. So hat sie auch die „Eudora" gesungen, und diese Partie ist eine kostbare Perle mehr in dem blühenden Kranze ihrer Kunstleistungen.

Herr Ditt hat die schwierige Partie des „Eleasar" im Ganzen kräftig und effektvoll durchgeführt. Namentlich hatte er im letzten Akte sehr gelungene Momente.

Die Besetzung der übrigen Partien war die alte und wie wir hinzufügen dürfen, die gute. Die Herren Prawit (Kardinal) und Rieger (Schultheiß) verdienen unbedingtes Lob. Herr Campe (Leopold) singt korrekt, wenn auch ohne Feuer.

Der Benefiziantin wurden vielfache Zeichen der Anerkennung zu Theil; sie wurde nach dem 2. und 4. Akte gerufen und wiederholentlich bekränzt.

Auch Fräulein Babnigg erhielt bei ihren Gesangspiecen vielfachen Beifall und am Schlusse der Vorstellung einen Hervorruf, der gar nicht enden zu wollen schien. Der Inspicient machte endlich die Anzeige, daß Fräulein Babnigg bereits das Haus verlassen habe.

Ebenso erhielten die Herren Ditt und Prawit Beifallsbezeugungen und Hervorruf.

Musikalisches.

Die Quartet-Matineen des Herrn Musikdirektors Blecha sind vorüber. Sie haben ein würdiges Finale gehabt. Ueber den Werth der beiden am letzten Sonntage zu Gehör gebrachten Meisterwerke (Quintett von Mozart in Gmoll, Septuor von Hummel in Dmoll) zu sprechen, wird man von einem Referenten wohl nicht verlangen. Ueber beide Werke dürften die Akten als geschlossen zu betrachten sein. — Hinsichtlich der Ausführung wird wohl nicht Einer der Zuhörer den Saal unbefriedigt verlassen haben, da zunächst das elegische Quintett Mozarts durchweg weich und sangbar vorgetragen wurde, ohne durch jene übertriebene und krankhafte Sentimentalität, welche leider in neuester Zeit selbst bei großen Virtuosen auf der Geige bis zur Widerlichkeit geht, zu verletzen. Herr Blecha sowohl als die übrigen Mitwirkenden (HH. Marks, Eschrich, Schneider und Bruhns) hielten eine sehr schöne Mitte zwischen dem Zuviel und Zuwenig, so daß der meist wehmüthige Charakter der Gesangstellen durch einen getragenen, seelenvollen, aber keinesweges schmachtenden Ausdruck zur vollen Geltung kam. Die Tempi's hätten wir durchweg um ein Weniges mäßiger gewünscht. — — Fräulein Elsbeth Pulvermacher (Schülerin des Herrn Musik-Direktors Hesse) trug die äußerst schwierige und brillante Klavierpartie des Hummelschen Septuors meisterhaft vor, und ließ sowohl hinsichtlich der Auffassung als auch eines kräftigen, perlenden, rapiden und sehr korrekten Spiels, aus welchem man die Schule ihres Lehrers wieder erkennt, kaum etwas zu wünschen übrig. Man vergaß die Jugendlichkeit der kleinen Künstlerin, (sie zählt erst 15 Jahre) und glaubte, was Kraft, Ausdauer und Vollendung in der Technik, sowie kunstgemäße Auffassung anbelangt, einen älteren Künstler zu hören. Die verwickeltsten Passagen, deren es sehr viele und sehr schöne in diesem Septuor giebt, wurden mit sicherer Hand entwirrt und klar zu Gehör gebracht. Schreitet diese jugendliche Pianistin auf dem betretenen Wege fort, bleibt sie dem Wahren und Schönen der Kunst treu, ohne sich in den verderblichen Strudel des neueren Virtuosenthums zu stürzen, und wird später ihr Gefühlsausdruck noch mehr der Abglanz der eigenen Individualität, so kann sie dereinst noch Künstlerinnen wie Klara Wieck und Kamilla Pleyel würdig zur Seite stehen. — Die Herren Blecha (Viola), Schneider (Violonzell), Titze (Baß), Gohl (Flöte), Sommer (Oboe) und Hoffmann (Horn) lösten bei dem Septuor ihre für alle Instrumente schwierigen Aufgaben selbst hohen Anforderungen entsprechend. Das Ganze ging sehr schön zusammen und wurde nach jedem Satze lebhaft applaudirt. y.

Breslau, 28. Nov. [Musik.] Nächsten Sonntag wird Hr. Kantor Kahl bei Gelegenheit der Enthüllung des neuen Glasgemäldes in der Hauptkirche St. Magdalena Vormittags 8½ Uhr Mendelssohns Kantate: der Lobgesang mit starkem Chor und Orchester aufführen. Das Meisterwerk selbst, sowie die anerkannte Tüchtigkeit unsers Kahl, seines Chors und Orchesters bedürfen keiner weitern Empfehlung. C.

Breslau, 26. Novbr. [Kathol. Central-Verein.] Präsident Wick. — Dr. Baltzer beantwortet in dem einleitenden Vortrage eine im Fragekasten schon vorgefundene Frage über das Verhältniß zwischen Gnade und Freiheit. Er hebt die Schwierigkeit der Popularisirung dieses Gegenstandes hervor, der auch sogar in der Wissenschaft zu den verwickeltsten gehöre. Ueber die verschiedenen im Laufe der Zeit hervorgetretenen Ansichten geht er hinweg und hebt blos zwei Hauptansichten heraus, wovon die eine die Gnade im Menschen auf Kosten der Freiheit erhebt, die andere aber die Freiheit neben der Gnade bestehen läßt. Vor dreihundert Jahren sei die Lehre aufgestellt worden: Bei der Rechtfertigung des Menschen wirke die Gnade, oder Gott Alles und der Mensch nichts. Dagegen habe die katholische Kirche immer gelehrt, der Mensch wirke mit der Gnade, aber ohne sie vermöge er für sein Heil nichts. Der Redner macht auf die Folgerungen aufmerksam, welche aus der ersten Lehre nothwendig zu ziehen seien, daß nämlich Gott hier allein für den Glauben und die Gerechtigkeit des Menschen verantwortlich gemacht werden müsse, da es nur von Gott abhänge, ob der Mensch zum Glauben und zur Rechtfertigung gelange, oder im Unglauben untergehe. Auch sei die kalvinische Lehre von der Vorherbestimmung des Menschen zur Gnade oder zur Ungnade, zur Beseeligung oder zur Verdammung von diesem Standpunkte ganz folgerichtig. Hier gehe alle Freiheit verloren. Bei der kathol. Lehre aber bleibe sie bestehen, werde aber durch die Gnade erst heilsfähig. Der Redner ging dann darauf ein, zu zeigen, was man in uns als Gnadenwirkung anzusehen habe.

Man müsse eine erleuchtende und eine bewegende Gnade unterscheiden, in welcher Gott unser Begleiter sei, und zwar Gott in Christus und dem heiligen Geist. Christus habe die ganze Menschheit von Anbeginn begleitet. Er sei, wie es im Evangelium heiße, das Licht, welches jeglichen Menschen erleuchte, der in diese Welt kommt. Hier sei auch der Heide nicht ausgenommen. Jene erleuchtende Gnade empfange der Mensch durch die Stimme des Gewissens, die ihn lehre das Gute und Böse unterscheiden. Bei wahrer Gotteskenntniß, wie sie durch die göttliche Offenbarung von Anfang zu erwerben gewesen, verstehe der Mensch auch das Gewissen richtig, bei verdunkelter Gotteserkenntniß aber entstehe für ihn das sogenannte irrige Gewissen, wobei er Manches, was an sich Sünde sei, für erlaubt und sogar für Pflicht erachte, wie es im Heidenthum der Fall gewesen. Aehnlich verhalte es sich mit dem Verständnisse der heiligen Schrift, durch welche ebenfalls Gott zu uns spreche. An der Hand der unfehlbaren Kirche verstehe der Mensch die Schrift richtig, ohne sie, und sich selbst überlassen, verliere er das richtige Verständniß und komme zu den verschiedensten Auffassungen, also zu einer verdunkelten Schrifterkenntniß hin. — Die bewegende Gnade bestehe nicht mehr in der Stimme, sondern in dem Zuge des Gewissens. So wie Christus durch die Gewissensstimme die Erkenntniß des Guten und Bösen im Menschen vermittle, so suche der heilige Geist den Willen vom Bösen ab und zum Guten hinzuziehen. Dieses geschehe beim Sünder, der sich in Schuld wisse, durch die ihm ins Herz gegebene Furcht vor Gott als gerechten Richter; beim gerechtfertigten Menschen aber, der sich von der Schuld wieder frei wisse, geschehe es durch die ihm in's Herz gegossene Liebe. Das Gnadengesetz der Furcht sei im alten Testamente vorhanden, das der Liebe im N. T., wie der Apostel im Römerbriefe es lehre, da er sage: „Ihr habet nicht wieder einen Geist zur sklavischen Furcht, sondern einen Geist zur Liebe empfangen, in welchem wir rufen, Abba, Vater!" Der Mensch werde aber durch die Furcht und Liebe nicht zum Guten gezwungen, vielmehr bleibe ihm der freie Wille, entweder zu folgen, oder auch zu widerstehen. Er finde in sich neben dem Gnadenzuge des Gewissens auch den sündhaften Zug des Fleisches in den Versuchungen der Welt. Diese ziehe nach unten von Gott ab, jener nach oben zu Gott hin. Jeder weiß es aus eigener Erfahrung, daß er bei eintretenden Versuchungen zur Sünde, dem ihn zurückhaltenden Gewissen entweder folgen und die Sünde lassen könne, oder auch nicht. Thue er jenes, so wirke er selbst mit der Gnade zusammen sein Heil. Zuletzt hebt der Redner noch hervor, wie eindringlich für den christlichen Lebenswandel die Vorstellung sei, daß Christus und der heilige Geist uns im Gewissen überall begleiten und jeder Widerspruch gegen Stimme und Zug des Gewissens ein Widerspruch gegen Christus und den heiligen Geist sei, wodurch der Mensch sich der inneren Gnadenwirkungen immer unwürdiger mache und seine sittliche Kraft schwäche, während im umgekehrten Falle die Gnade und mit ihr auch die Willensstärke in ihm wachse, und der durch das ganze Leben sich hindurchziehende Heilskampf für ihn leichter werde.

Gymnasiallehrer Dr. Baucke giebt auf die Aufforderung des Vorsitzenden als damaliger Deputirter des Vereins den noch schuldigen Bericht über die Linzer General-Versammlung, und knüpft daran einige Skizzen aus seiner Reise nach Italien, sich namentlich des Weiteren verbreitend über die herrliche Markuskirche von Venedig und den Dom zu Mailand, an welchen er auch in Linz seinen Vortrag, dessen Inhalt er resumirt, angelehnt hatte.

Präsident Wick empfiehlt „den katholischen Volkskalender", herausgegeben von einigen rheinischen Volksfreunden, und giebt sodann einige Erläuterungen über die sogenannte Sekte der Jung-Katholiken in Wien, von welcher schon einigemal die Rede gewesen: Es sei diese sogenannte Sekte der Jungkatholiken eben nichts anderes, als jene Katholiken, welche der Kirche wie anderwärts, so auch in Oesterreich die ihr gebührende Stellung erkämpfen wollen.

Den Schlußvortrag hielt der Regierungs- und Schulrath Barthel. Er sprach über die Bedeutung Europas in der Geschichte der Menschheit. Er wies nach, daß unser Erdtheil diese Bedeutung nicht allein durch seine Lage und Bodengestalt, durch seine klimatischen Verhältnisse und durch die darauf beruhende Kultur, durch seinen in Schifffahrt, Handel und Kolonisation auf die anderen Erdtheile ausgeübten Einfluß, sondern vor allem dadurch erlangt habe, daß es unter dem Walten der Vorsehung der Hauptsitz des Christenthums geworden, daß der Mittelpunkt der Kirche nicht nach Asien, sondern in die appenninische Halbinsel, an den Strand der Tiber gekommen sei. Dies sei dadurch möglich geworden — einmal, weil Griechen und Römer, wie auseinandergesetzt wurde, durch ihre Bildung für die Religion des Geistes am Meisten empfänglich gewesen, und dann, weil der kräftige, edle, sittlich unverdorbene germanische Menschenschlag sich ganz besonders geeignet zeigte, nicht nur das Leben der romanischen Bevölkerung, mit der er im Süden und Westen sich vermischte, zu erfrischen, sondern auch den von der christlichen Bildung jener Bevölkerung empfangenen Eindruck rasch nach allen Rich-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

tungen hin zu verbreiten, und das Evangelium als den Sauerteig zu benutzen, der die Volksmasse durchdrang und die Gestaltung der Staaten bewirkte. Vom kathol. Standpunkte aus beruhe demnach die Bedeutung Europas besonders in der erhabenen Mission, der Träger und Verbreiter des Christenthums und der christlichen Bildung zu sein, und die übrige Welt zu christianisiren. Dieser Mission komme Europa noch immer nach, wie gezeigt wurde, und solange es dies thue, dürften wir an seiner Zukunft nicht verzweifeln; wir dürften unsern Erdtheil nicht aufgeben, wie die Europamüden ihn aufzugeben scheinen. J. K.

Breslau, 23. November. [Central-Auswanderungsverein für Schlesien.] Sitzung vom 27. d. M. Verlesung und Genehmigung des vorigen Protokolls. Tages-Ordnung: 1. Mittheilungen, 2. Winke für Auswanderer, 3. Auswanderungs-Geographie.

1. Mittheilungen. Eine Aufforderung zur Auswanderung nach Ungarn wird in der Ausw.-Zeitung hart mitgenommen. — Nach Süd-Australien ist, wie ein Schreiben von dort nicht dringend genug sagen kann, nicht auszuwandern. An einer Stelle dieses Briefes heißt es: Wie auch die Trompeter über die Herrlichkeit dieses Landes heißen mögen, sie sind wahre Seelenverkäufer und nimmer werden sie ihr Thun verantworten können. Erbärmlicher ist es noch von den hier Eingewanderten, die aus miserabler Großprahlerei und Eitelkeit Land, Boden, Klima, Erzeugnisse, das leichte Reichwerden ꝛc. nach Hause berichten; nichts von Allem ist wahr, es sind die schändlichsten Lügen. Wenn aber gar ein Herr J. G. F. N. in Bautzen von der Erhaltung der „deutschen Nationalität" spricht, so ist das vollends lächerlich. Ein Ding, was seit Jahrhunderten in Deutschland nur dem Namen nach bestanden, das sollen die armen, zum großen Theil hierher verkauften Deutschen zusammenflicken und dann wahrscheinlich nagelneu nach Hause schicken; — 150 aus der Reichenbacher und Liegnitzer Gegend Ausgewanderte beschweren sich durch die Allg. Ausw.-Z., daß ihnen der Agent, mit dem sie kontrahirt, einen großen Dreimaster zu ihrer Ueberfahrt nach Galveston versprochen, und daß sie nur eine kleine Schoonerbrigg von 110 Lasten dazu bekommen haben ꝛc. Hierbei erklärte der Vorsitzende, daß er Jedem, der bei ihm für Texas kontrahirt, sagt, daß dorthin niemals große Dreimaster expedirt werden, weil dieselben in den dortigen Gewässern nicht die gehörige Wassertiefe haben. — Der Staat Jowa wird in einem Briefe aus diesem Staate als äußerst günstig für deutsche Auswanderer geschildert. Jowa und Wisconsin haben gleiche Lage, Klima, Bodenbeschaffenheit ꝛc. — Der nach Valdivia in Chile von hier ausgewanderte Buchhändler August Schulz nimmt im Leipziger Börsenblatt folgenden Abschied: Am Abend vor meiner Einschiffung nach Valdivia nehme ich freundlichen Abschied von allen redlichen Freunden des Buchhandels überhaupt, und meinen alten persönlichen Freunden und Jugendgefährten insbesondere. Ich gehe in ein schönes Land, um dort im heiteren Bunde mit einer glücklichen Natur, künftig mein Farmerbrot zu essen, statt mich weiter unter dem Damoklesschwert der konstitutionellen Preßgesetzgebung Preußens hoffnungslos zu placken und dabei bürgerliche Ehre, Freiheit und Vermögen zu riskiren; ich gehe in ein Land, wo ich längst einen die Zukunft der Meinen sichernden Wald der edelsten Früchte besäße, hätte ich blos, statt jedes vergeblichen Mahnbriefes im lieben Buchhandel, dort einen Kern in die Erde gesteckt. Mögen alle mühseligen und beladenen Kollegen, die einem sorgenreichen Alter entgegensehen müssen, den Muth gewinnen, meinem Beispiele zu folgen und die schwankende Abhängigkeit von Menschen mit der ewig treuen Natur vertauschen. — Am 23. Oktober hat in Boston wieder ein Frauen-Kongreß stattgefunden, bei welchem beschlossen worden ist: 1. Verwerfung der Bibel, 2. Abschaffung der Gesetze und Konstitution des Landes, 3. Wiederorganisirung des gesellschaftlichen Lebens mit völliger Gleichheit beider Geschlechter ohne Unterschied der Farbe, 4. Einführung der unbeschränktesten Amalgamation der Geschlechter und Farben, 5. Erwählung der Miß Kelly zum Präsidenten der vereinigten Staaten und der Lucretia Smith zum General en chef der Land- und Seemacht, 6. je nach Umständen und Belieben Abschneiden der Hälse der tyrannischen Männer; 7. Abschaffung des Galgens. — Der Vorsitzende liest den Entwurf eines Schreibens an den Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Berlin vor. — Beendigung des Allardschen Briefes.

2. Die Winke für Auswanderer betrafen folgende Punkte: Texas als Ansiedelungsland, die Seekrankheit, die Auswanderungs-Gepäck-Kisten, die den Zwischendecks-Passagiren nothwendigen Requisiten zur Reise.

3. Der Vorsitzende zeigte auf der Karte von Nordamerika alle in diesem Erdtheile bisher von Auswanderern betretenen Gebiete und ging dann auf die vereinigten Staaten über, wobei er Größe, Lage, Klima und andere allgemeinere Verhältnisse berührte. Darauf gab er eine Charakteristik der Yankees und theilte die einzelnen Staaten der Union in verschiedene Gruppen, die er dann nach ihren Eigenthümlichkeiten charakterisirte.

Die heutige, sehr interessante und von drei Gästen besuchte Sitzung wurde um 9¾ Uhr geschlossen. C. W.

§ Breslau, 27. November. [15. Schwurgerichts-Sitzung.] 1. Im März d. J. versuchte der Tagarbeiter Gottlieb Hennigs, die auf der Herrenstraße belegene Wohnung des Oberlehrers Kambly mittelst Nachschlüssels zu eröffnen. Die Bedienungsfrau, welche die Stube zuvor abgeriegelt hatte, verscheuchte den Dieb. Dieser wurde von einem der Hausnachbarn ergriffen und wegen gewaltsamen Diebstahls in Anklagestand versetzt. Angeklagter leugnet hartnäckig. Der Vertheidiger, R. A. Weymar, erklärt, er habe dem Defendenden angerathen, die That, für welche so erhebliche Beweise vorlägen, einzugestehen. — Da er dies nicht gethan, so habe er die Vertheidigung des Milderungsgrundes, den sie geltend machen könnte, beraubt. Die Geschworenen sprechen das Schuldig aus. Durch richterliches Erkenntniß wird der Angeklagte wegen versuchten gewaltsamen Diebstahls nach erlittener Strafe des ersten gewaltsamen Diebstahls zu 9 Jahren Zuchthaus, und Stellung unter polizeiliche Aufsicht auf dieselbe Zeitdauer verurtheilt.

2. Der Tagarbeiter Gottfried Eckert, desselben Verbrechens angeklagt, gesteht zwar, daß er die Thür mittelst Dietrichs zu öffnen versucht habe, behauptet jedoch, dieselbe sei unverschlossen gewesen. — Durch den Ausspruch der Geschworenen wird der Thatbestand des gewaltsamen Diebstahls erwiesen, und der Angeklagte für schuldig erachtet. Das Erkenntniß des Gerichtshofes belegt denselben mit 12jähriger Zuchthausstrafe und eben so langwieriger Stellung unter polizeiliche Aufsicht. — Beachtenswerth ist eine Warnung, welche der Präsident dem Verurtheilten zurief: „Hätten Sie nicht so frech gelogen, so würden Sie wahrscheinlich mit 10 Jahren weggekommen sein."

3. Nachtrag: Von der Anklage der Beschädigung fremden Eigenthums aus Bosheit, verbunden mit Verletzung des Hausrechts und Gefahr für die persönliche Sicherheit der Bewohner, wurde der Freistellenbesitzers Meyer am Schlusse der gestrigen Sitzung freigesprochen.

§ Breslau, 28. November. [16. Schwurgerichts-Sitzung.] Die Untersuchung wider den Dienstknecht Franz Milde, den Brauerlehrling Wieland und die verehelichte Wolf aus Festenberg, wegen gewaltsamen, beziehungsweise vierten Diebstahls und Theilnahme an den Vortheilen dieses Verbrechens wurde nicht zu Ende geführt. Der Hauptbelastungszeuge, Brauereibesitzer Friebel, war nicht erschienen, da er zur Landwehr eingezogen ist. Die Verhandlung über die Einnahme des Augenscheins am Orte der That ließ erhebliche Zweifel darüber entstehen, ob gewaltsamer Diebstahl in bewohnten oder unbewohnten Gebäuden vorliege. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde die Verhandlung ausgesetzt.

Der Tagarbeiter Rosenkranz, der Theilnahme an einem von dem Mitschuldigen Heisig verübten gewaltsamen Diebstahle angeklagt, leugnet hartnäckig. Heisig wurde bereits am 15. d. Mts. abgeurtheilt, an welchem Tage auch der als Mitschuldiger verdächtige Lischke von der Anklage entbunden ward.*) Rosenkranz hatte sich damals freiwillig gestellt, da ihm die Anklageschrift zu spät eingehändigt worden, zog er sich mit Bewilligung des Präsidenten von der Verhandlung zurück. Inzwischen ist seine Verhaftung erfolgt. In Folge der heutigen Beweisaufnahme erklärten die Geschwornen den Angeklagten für schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte denselben zu 10 Jahr Zuchthaus und Stellung unter Polizei-Aufsicht auf dieselbe Zeitdauer.

Am Schlusse der Sitzung erklärte der Präsident die **5. Schwurgerichtsperiode für beendet.**

Habelschwerdt, 25. Novbr. [Eingesandt.] Der gestrige Tag brachte die Ernennung des bisherigen Landrath-Amts-Verwesers, Kreisgerichtsrath Miketta zum Landrath, — ein für den ganzen Kreis freudiges und vom gesammten Kreise innig ersehntes Ereigniß.

Ein Mann von unerschöpflicher Pflichttreue und wahrer Humanität, ein Mann mit Feuereifer für das Recht und die gute Sache und zugleich mit einem offenen Herzen für jeden Bedrängten, hat er sich bereits in der kurzen Zeit seines hiesigen Wirkens alle Gemüther, alle Herzen zugewendet. — So konnte es denn auch nicht fehlen, daß der gestrige Tag zum Freudentage wurde und daß sich diese Freude sofort in vielfachen Beweisen der innigsten Achtung und Liebe kund gab.

Auf Veranlassung der hiesigen städtischen Behörden und der freudig erregten Bürgerschaft wurde dem Gefeierten der Eingang zu seiner Wohnung bekränzt, ein Transparent strahlte am Abend ihm den „herzlichen Gruß" der Kreisstadt entgegen und das Offizierkorps der hiesigen Schützengilde, unter Vortritt der Spitzen der städtischen Behörden, denen sich viele der hiesigen Beamten und ebenso die Geistlichkeit angeschlossen hatten, brachte die innigsten Glückwünsche dar. Das Musik-Chor der Schützengilde, umgeben von bunten Ballons, spielte vor der Wohnung des Herrn Landraths, während dieser die ihn Beglückwünschenden im heitern Kreise einige Stunden um sich versammelt hielt. Am heutigen Vormittag traten die städtischen Behörden in corpore zusammen, um dem Herrn Landrath ihre herzliche Freude über seine Ernennung für den hiesigen Kreis zu erkennen zu geben, eine Freude, die der ganze Kreis theilt, und die so aufrichtig und wohl begründet ist, daß sie dem neu ernannten Herrn Landrath nicht allein die schönste Anerkennung für sein bisheriges Wirken darbringt, sondern daß er in ihr eine Quelle zu erblicken berechtigt ist, aus der ihm fort und fort Muth und Kraft zuströmen wird auf der, zumal in der gegenwärtigen Zeit so schwierigen Bahn seines Berufs.

*) S. Nr. 328.

□ **Ratibor,** 27. November. Durch heute mir gewordene direkte Mittheilung bin ich im Stande, meinen Artikel in Nr. 318 dieser Zeitg., betreffend die Errichtung von österreichischen Feldlazarethen, so weit daselbst auch des Grafen Larisch erwähnt ist, dahin zu berichtigen, daß derselbe bis jetzt noch gar Nichts weiß, daß überhaupt auf einem seiner Güter an der Grenze ein Lazareth errichtet werden soll.

□ **Ratibor,** 28. Novbr. [Landwehr. — Herrn von Manteuffels Reise. — Versteigerung von österreichischen Banknoten.] So eben, 8 Uhr, verläßt uns das hiesige Landwehrbataillon, nachdem es noch zuvor in den betreffenden Kirchen einer feierlichen Andacht beigewohnt hat, begleitet von den aufrichtigsten und besten Segenswünschen Aller. Es ist wahrlich erhebend zu sehen, wie freudig und gern so Viele bequeme und gefahrlose Tage aufgeben, und einer bangen, ungewissen Zukunft getrost entgegehen, um die Rechte und die Ehre des Vaterlandes zu schützen und zu bewahren. Möchte doch der rüstige Muth mit dem schönsten Erfolge gekrönt werden! — Gestern Abend hieß es, der Minister des Innern sei mit dem Abendzug hier durch nach Wien gefahren; heute verlautet, daß er um 1 Uhr mit einem Extrazuge hier eintreffen werde. Zu den vielen unbegreiflichen Dingen, woran wir jetzt schon gewöhnt sind, gehört einstweilen auch diese Reise. — Mit dem österr. Gelde werden hier und an der Grenze viele Geschäfte gemacht. Neulich wurde sogar in Kosel der Gulden Banknote mit 10 Sgr. ausgeboten.

Breslau. Der bisherige Hülfsagent der Elberfelder Feuerversicherung-Gesellschaft, Feldmesser Lehmann zu Schweidnitz hat diese Agentur niedergelegt. Dagegen ist der Kunsthändler Hugo Frommann zu Schweidnitz als Hülfsagent derselben Gesellschaft bestätigt worden. — An Stelle des ausgeschiedenen bisherigen Hauptagenten der vaterländischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld für Schlesien, Kaufmann Karl August Milde hierselbst, ist in gleicher Eigenschaft der Kaufmann Lorenz Albert Salice hierselbst bestätigt. — An Stelle des verstorbenen Maurermeisters Schramm ist der Maurermeister Bartsch zu Glatz als Mitglied der dortigen Bauhandwerker-Prüfungs-Kommission gewählt und bestätigt worden. — Der bisherige Regierungs-Assessor Dietlein ist zum Landrath befördert, und demselben die Landrathstelle Ohlauer Kreises definitiv verliehen worden. — Bestätigt: Der bisherige Schuladjuvant Aloys Niesel als kathol. Schullehrer in Herzogswalde, Frankensteiner Kreises.

(Vermächtnisse.)

Der zu Münsterberg verstorbene emeritirte Pfarrer Franz Karl Steiner hat der Konviktorien-Fundations-Verwaltung zu Glatz 1000 Rthlr. legirt. Der zu Schweidnitz verstorbene bürgerliche Fleischermstr. Johann Gottfried Pieh sen. hat der dortigen Armen-Kasse 15 Rthlr. letztwillig zugewendet.

Correspondenz-Partie zwischen Leipzig und Breslau.

Weiß (Br.)	Schwarz (L.)
1)	E 7 — E 5.
Spr.	
2) G 1 — F 3.	

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

†* **Breslau,** 27. Novbr. [Gewerberath.] Die Versammlungen dieses Instituts haben in letzter Zeit regelmäßiger denn sonst stattgefunden. Zur Berathung kam eine Reihe von Angelegenheiten, die zum Theil mehre Monate ihrer Erledigung entgegenharrten. Eine Petition des Schlossermittels vom 11. Juni d. J. wurde dahin beantwortet, daß die Petenten ihre Anträge, welche zumeist Ueberschreitungen der Gewerbe-Ordnung durch Kaufleute betreffen, genauer formuliren möchten. — Der Magistrat zu Landeck hatte um Auskunft über die den Zimmerleuten und Tischlern zustehenden Befugnisse gebeten. Die Versammlung acceptirte den Kommissionsantrag, wonach die gedachten Handwerker nur diejenigen Arbeiten unternehmen dürfen, für welche sie, der von ihnen bestandenen Meisterprüfung zufolge, die nöthige Befähigung besitzen. Die Anfertigung von Treppen soll beiden gemeinschaftlich überlassen bleiben. — Einstimmig wurde der Antrag des Herrn Kopisch zum Beschluß erhoben: die Versammlung möge bei den Kammern petitioniren, daß nach Einführung der Einkommensteuer die Gewerbesteuer aufhöre. Mit Abfassung der Petition sind beauftragt: die Herren Kopisch, Laßwitz, Trewendt, Schadow, Möhle, Schnabel. An den Magistrat und die betheiligten Gewerbetreibenden wird die Aufforderung ergehen, sich dieser Petition anzuschließen. — In Sachen der Bankgerechtigkeits-Ablösung werden nächstens geeignete Maßnahmen in Berathung gezogen werden. Vorläufig ist dieser Gegenstand einer Kommission zur Begutachtung überwiesen worden. — Herr Laßwitz machte den Vorschlag, der Gewerberath möge die Wiedereinführung der Oeffentlichkeit für die Plenarsitzungen, nachdem er von der hiesigen Regierung abschlägig beschieden worden, nunmehr beim Ministerium beantragen. Der Antrag wurde genehmigt.

Schon in voriger Sitzung wurde eine Angelegenheit, die Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk betreffend, nach einer lebhaften Debatte erledigt. In der letzten Versammlung brachte Herr Cohn denselben Gegenstand noch einmal zur Sprache. Wir erachten die deshalb gepflogenen Verhandlungen für wichtig genug, um sie dem Leser möglichst ausführlich mitzutheilen.

Das Kreisgericht zu Waldenburg hat an den Breslauee Gewerberath die Frage gestellt, **ob ein Buchverleger als Fabrikant zu beurtheilen sei, um ihm die Beschäftigung von Buchbindergesellen gestatten zu können.** Der Gewerberath hat diese Frage in seiner Sitzung vom 18. November mit Nein beantwortet.

Der nähere Sachverhalt ist folgender: Die Buchbinder-Innung zu Waldenburg hatte den dortigen Buchhändler Kühn, welcher sich als Fabrik-Inhaber betrachtete und die in seinem Verlage erscheinenden Schriften durch einen Gesellen einbinden ließ, bei dem Kreisgerichte unter Hinweisung auf § 23 der Verordnung vom 9. November verklagt. Vor der richterlichen Entscheidung war nach § 2 d. a. V. das Gutachten einer sachverständigen Behörde erforderlich. Der hiesige Gewerberath hat dasselbe in der schon erwähnten Weise abgegeben. Für den Buchverleger Kühn könnte dieses nun eine Strafe bis zu 200 Rtl. oder 3 Monaten Gefängniß und das Verbot der Beschäftigung von Buchbindergesellen zur Folge haben.

Das Separat-Votum, welches Herr Cohn motivirte, lautet folgenmaßen: Der Breslauer Gewerberath ist für die Gewerbtreibenden zu Waldenburg eben so wenig kompetent, als die Waldenburger Kommunalbehörden für die Gewerbetreibenden Breslaus. Jener wie diese können in Gewerbe-Angelegenheiten nur dann entscheiden, wenn der fragliche Fall in ihrem eigenen Bezirke sich ereignet. Durch § 2 der Verordn. v. 9. Febr. wird nämlich festgestellt: Der Gewerberath hat die Interessen der Gewerbetreibenden in seinem Bezirke wahrzunehmen und ist verpflichtet auf Verlangen der Behörden Auskunft zu ertheilen und Auskunft zu erstatten."

In Bezirken, in denen kein Gewerberath existirt, soll ein Gutachten von fremden Gewerberäthen nicht eingeholt werden, sondern die Kommunal-Behörde die Konflikte unter den Gewerbtreibenden schlichten. Dies wird im § 22 verordnet, worin gesagt ist: „In denjenigen Orten, für welche ein Gewerberath nicht besteht, sind die demselben zugewiesenen Angelegenheiten von der Kommunalbehörde zu erledigen." Hieraus geht hervor, daß nur das Gutachten der Kommunalbehörde zu Waldenburg für den erwähnten Fall maßgebend sein kann. Buchverleger Kühn dürfte dann nach § 1 bis 3 der Gewerbegerichts-Ordnung, wo Fabrik-Inhaber, Ausgeber und Verleger in einer Kategorie stehen, beurtheilt werden.

An dieses Votum schloß sich der Antrag, die Versammlung möge ihr an das Kreisgericht erstattetes Gutachten dahin modifiziren, daß der Werth desselben nur nach § 22 der Verordnung zu ermessen sei. Die Versammlung ging hierauf nicht ein.

Herr Ober-Gerichts-Assessor Golz, über dessen Wahl zum Schriftführer wir früher berichtet haben, ist bereits in sein neues Amt eingeführt. Der auf 1 Jahr abgeschlossene Vertrag wurde vom Plenum genehmigt. Der ehemalige Klemptnermeister Kriesch ist als Bote angestellt worden.

Berlin, 27. Nov. In der vorgestern stattgehabten Sitzung des Gewerberathes wurde beschlossen: 1) daß von allen Schriftstücken, welche über einen bereits in einer Abtheilung abgehandelten Gegenstand nachträglich eingeliefert werden, der betreffenden Abtheilung Anzeige gemacht und diese mit der Sache im Plenum zur Erledigung gebracht werden; — 2) daß die Anfertigung von Seidenhüten nicht dem Hutmachergewerk zustehe, wie dies bisher geschehen — welchem Beschlusse eine sehr lebhafte Debatte voranging; — 3) daß der wiederholt gestellte Antrag der hiesigen Handschuhmacher-Innung: fremden Handschuhmachern auf dem Weihnachtsmarkt den Verkauf ferner nicht zu gestatten, mit Bezug auf den früher gefaßten Beschluß, zurückzuweisen sei; — 4) daß der das Seilergewerk so stark beeinträchtigende unbefugte Hausirhandel durch einen bezüglichen Antrag bei der betreffenden Behörde zu beseitigen sei. (N. K.)

Die Zahl der technologischen Zeitschriften hat sich seit dem Jahre 1848 auffallend verringert und namentlich sind fast alle speziellen Gewerben gewidmete eingegangen, so z. B. alle Färber-Zeitungen. Seit Kurzem erscheint hier unter Redaktion der Herren Bon und Grüne eine „Deutsche Muster-Zeitung für Färberei, Druckerei und Bleicherei ꝛc.," mit Abbildungen von Maschinen und mit Mustern von Zeugen und Garnen, auf welche wir die betreffenden Gewerbetreibenden um so lieber aufmerksam machen, als die beiden Herausgeber hier als wissenschaftlich gebildete Praktiker bekannt sind.

Die Kalender-Literatur gewinnt von Jahr zu Jahr an Ausdehnung und praktischer Bedeutung. Der eben erschienene Baukalender enthält die wichtigsten Formeln und Tabellen für die Ausführung und Projektion von Bauten, die in einer äußerlich praktischen Form zugleich eine sehr erwünschte Sammlung für Baubeamte und Techniker abgeben. (C. B.)

Berlin, 25. Novbr. Dem Medizinal-Rath Friedrich Michaëlis zu Magdeburg ist, unter Aufhebung des demselben unterm 26. September 1850 ertheilten Patents, unter dem 21 November 1850 ein anderweitiges Patent auf ein für neu und eigenthümlich erkanntes Mittel zur Läuterung des Rübensaftes behufs Darstellung von Zucker aus demselben, auf sechs Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 17. bis 23. November d. J. 18592 Personen und 47799 Rtlr. 24 Sgr. 10 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter-, und Viehtransport ꝛc., vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Haupt-Kontrole.

Inserate.

Ersatz-Wahl zum Gemeinderath

der ersten Abtheilung:

1) Kaufmann F. W. Hübner.
2) Seilermeister Rudolph.
3) Kaufmann H. L. Günther.
4) desgl. C. Scharff.
5) Stadtältester Lessenthin.
6) Apotheker Berend.
7) Rechnungsrath Bormann.

Breslau, den 28. November 1850.

Bekanntmachung.

Es hat sich die Meinung verbreitet, die Wirksamkeit der jetzt bestehenden städtischen Deputationen, Vorsteher-Aemter, Bezirks-Vorsteher ꝛc. höre mit dem Augenblick der Einführung der Gemeinde-Ordnung auf.

Um dieser, möglicher Weise störend auf den Geschäfts-Betrieb einwirkenden und ganz unbegründeten Ansicht zu begegnen, finden wir uns veranlaßt, hiermit zu erklären, daß die sämmtlichen Herren Mitglieder von städtischen Deputationen, Curatorien und Vorsteher-Aemter, so wie die Herren Bezirks-Vorsteher überhaupt Alle, welche zeitweilig städtische Ehren-Aemter bekleiden, die ihnen übertragenen amtlichen Funktionen so lange ununterbrochen zu verwalten haben, bis Seitens des Gemeinderathes dieselben anderweit besetzt und ihre Amtsnachfolger eingeführt sind.

Breslau, den 19. November 1850.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Bekanntmachung.

Die Zinsen der bei der städtischen Sparkasse niedergelegten Kapitalien werden für den Weihnachts-Termin d. J. alle Wochen-Nachmittage von 2 bis 5 Uhr, jedoch mit Ausschluß des Freitags, vom 6. bis 14. Januar 1851 in dem Fürstensaale und vom 15. bis 23. Januar 1851 in dem Parterre gelegenen Sparkassen-Lokale auf dem Rathhause ausgezahlt werden. Die Sparkassenbücher, von welchen ein Verzeichniß der Namen und der Nummern vorzuzeigen, werden sofort abgestempelt und mit den Zinsen zurückgegeben werden, weshalb jeder Inhaber eines Buches die Rückgabe desselben im Amtslokale abzuwarten hat. Die nicht abgeholten Zinsen von Sparkassenbüchern im Betrage von 300 Rthlr. werden nicht wieder verzinset.

Breslau, den 27. November 1850.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung

Die hiesige städtische Kommune bedarf verschiedene Lazareth-Requisite in etwas größerer Zahl, als:

Wollene Decken, 4½ Pfund an Gewicht, circa 3 preußische Ellen lang, 2½ preußische Ellen breit.
Betttücher, circa 4 Ellen, schles., lang, 3 Ellen breit.
Strohsäcke, 3½ Ellen, schles., lang, 1½ Elle, schles., breit.
Strohkissen, 1½ Elle, schles., lang, 1½ Elle, schles., breit.
Handtücher, circa 2 Ellen lang, ¾ bis 1 Elle breit.

Diejenigen, welche geneigt sind, Lieferungen der Art zu übernehmen, werden ersucht, sich dieserhalb mit ihren Offerten bis spätestens **Sonnabend d n 30 d. Mts. Abends** an den unterzeichneten, damit beauftragten magistratualischen Kommissarius zu wenden.

Breslau, den 27. November 1850.

Gerlach, Stadtrath, Blücherplatz Nr. 3.

Dank.

Der unterzeichnete Vorstand fühlt sich gedrungen, dem Herrn Kessler und den übrigen Herren, welche bei der Musiksoiree am 19ten d. M. mitgewirkt haben, für die der Gesellschaft verschaffte genußreiche Unterhaltung hiermit öffentlich zu danken.

Breslau, den 27. Nov. 1850.

Der Vorstand der städtischen Ressource.

Theater-Nachricht.

Freitag den 29. Novbr. 50ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Martha", oder: „Der Markt zu Richmond."** Oper mit Tanz in vier Abtheilungen, Musik von Friedr. v. Flotow.

Sonnabend den 30. Nov. 51ste Vorstellung des vierten Abonnements von 70 Vorstellungen. **Drittes und vorletztes großes Konzert der Gebrüder: Anton von Kontski,** Kammer-Pianist Ihrer Maj. der Königin von Spanien, wirkliches Mitglied der musikalischen Akademien zu Paris, Rom und Lissabon ꝛc., und **Appolinari von Kontski,** Dr., Musik-Direktor und Ehrenmitglied der Akademien und Universitäten zu London, Königsberg, Breslau, München und Krakau ꝛc. — Vorher: 1) **„Der Weiberfeind."** Lustspiel in einem Akt von Roderich Benedix. 2) **„Nummer 777."** Posse in einem Akt von C. Lebrun.

Verbindungs-Anzeige.

Mit Hand und Mund, als Vater und als ein verordneter Diener der Kirche, segnete ich heute den Ehebund meiner zweiten Tochter, Flora Seraphine, mit dem Herrn Johann Friedrich Scholtz, Pastor zu Böhmischdorf, Kreis Brieg.

Michelau, am 27. November 1850.

Kerner, königl. Superintendent.

Beim Beginne ihrer Ehe empfehlen sich Verwandten und Freunden:

Johann Friedrich Scholtz, Pastor zu Bömischdorf.
Flora Seraphine Scholtz, geb. Kerner.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere zu Krotoschin am 26sten d. M. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst an.

Neisse, den 28. Nov. 1850.

Hugo Weidemann.
Rosa Weidemann, geb. Kusche.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere am heutigen Tage vollzogene eheliche Verbindung beehren wir uns, entfernten Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Schönberg, den 26. Novbr. 1850.

Robert Greppi, Maurermeister.
Minna Greppi, geb. Müller.

Todes-Anzeige.

Am 26sten d. M., Morgens 6½ Uhr, endete in Berlin nach nur 15stündiger Krankheit ein Schlagfluß das Leben unseres innigstgeliebten Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des königl. Premier-Lieutenants im Ingenieur-Corps, Moritz von Leithold, im 34. Jahre seines Lebens. Tiefgebeugt widmen diese Anzeige allen geehrten Verwandten, so wie den zahlreichen Freunden des Verstorbenen in dieser Provinz:

die Hinterbliebenen.

Breslau, den 27. November 1850.

Todes-Anzeige.

Den am 22sten d. M. erfolgten Tod unserer guten Mutter, Schwester, Schwieger- und Großmutter, der verw. Frau Johanna Epstein, geb. Friedländer zu Oppeln, zeigen wir, um stille Theilnahme bittend, ergebenst an.

Breslau und Oppeln, den 28. Novbr. 1850.

Die Hinterbliebenen.

Sonnabend den 7. Decbr. wird die hiesige **Sing-Akademie** das Oratorium: **Saul** von Händel im Musiksaale der Universität aufführen.

Laetitia.

Die auf Sonntag den 1. Dezember festgesetzte **Soirée** findet nicht statt.

Altes Theater in Breslau.

Heute Freitag den 29. November.

4. große Vorstellung

des Herrn Professor

Herrmann

aus Hannover,

im Gebiete

der indischen und chinesischen Magie,

mit einem ganz neuen Programm in 3 Abtblg.

Preise der Plätze: Erste Rang-Loge 15 Sgr. Parquet 15 Sgr. Parterre 7½ Sgr. Gallerie-Loge 5 Sgr. Gallerie 3 Sgr.

Billets zu den Logen und numerirten Plätzen sind am Tage der Vorstellung beim Castellan Herrn Böhm im alten Theater zu haben.

Anfang 6½ Uhr.

Anzeige.

Dinstag den 3. und Donnerstag den 5. Dezember werden die blindgeborenen **Gebrüder Krug** aus Posen, unter gütiger Mitwirkung des Herrn Musik-Direktor A. Schnabel und mehrerer anderer geehrten Künstler, **zwei musikalisch-deklamatorische Abend-Unterhaltungen** im Saale des Königs von Ungarn zu geben die Ehre haben.

Billets à 20 Sgr. sind in den Musikalien- und Kunst-Handlungen der Herren Bote und Bock, Leuckart, Scheffler, und Abends an der Kasse zu 1 Rthlr. zu haben.

Das Nähere besagen die Programme und Anschlagezettel.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 63 in der Tauenzien-Straße belegenen, dem Wirthschafts-Inspektor Friedrich Wilhelm Scholz gehörigen, auf 33,863 Rthlr. 27 Sgr. 4 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 1. März 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserm Parteien-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden auch die früher in Strehlen wohnhafte Partikulier Benjamin Hempel oder dessen Erben hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 16. Juli 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Werderstraße Nr. 27 belegenen, dem Lederhändler Karl August Benjamin Heininger gehörigen, auf 7471 Rthlr. 10 Sgr. 2 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 31. Januar 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Assessor v. Uechtritz in unserem Parteienzimmer — Junkernstraße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 21. Juni 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Eine **Gouvernante,** die in der **französischen Sprache, Conversation,** im **Klavierspielen** und in weiblichen Handarbeiten gründlichen Unterricht ertheilen kann, wird zum Neujahr zur Erziehung eines Mädchens nach Breslau gewünscht. Adressen werden unter der Chiffre **C. A. poste restante** Breslau erbeten.

Zwei Handlungs-Commis

können diese Weihnachten in Spezerei-Handlungen gut placirt werden. Näheres sagt der Commissionair **G. Meyer** in Hirschberg.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Ohlauer-Straße Nr. 71 belegenen, dem Brauermeister Emil Alexander Maximilian Alt gehörigen, auf 7558 Rthlr. 10 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 5. März 1851,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Fritsch in unserem Parteienzimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden

1) das Adler-Convent,
2) die Erben der Rosina Dorothea Schmidt

hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 30. Juli 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.

Bei der unterzeichneten Fürstenthums-Landschaft wird der diesjährige **Weihnachts-Fürstenthumstag den 9. Dezember** eröffnet und **den 11. dess. Mts.** der gewöhnliche halbjährige **Depositaltag** abgehalten werden.

Zur **Einzahlung** der Pfandbriefs-Interessen sind die Tage **vom 18. bis incl. 24. k. M.** zu deren **Auszahlung** aber an die Präsentanten der Pfandbriefs-Zinskupons die Tage **vom 27. Dezember d. bis incl. 3. Januar k. J.** während der Vormittags-Stunden von 9 bis 1 Uhr, jedoch mit Ausschluß der dazwischen fallenden Sonn- und Festtage bestimmt.

Breslau, den 6. November 1850.

Breslau-Briegsches Fürstenthums-Landschafts-Direktorium. C. F. v. Studnitz.

Bekanntmachung.

Die der hiesigen Stadtgemeinde gehörende **Ziegelei,** bestehend aus vier Brenn-Oefen, den nöthigen Trocken-Scheunen, einem Wohnhause, dem vollständigen Inventario und sonstigem Zubehör, soll auf sechs hintereinander folgende Jahre, und zwar vom 1. April 1851 bis ult. März 1857 öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden.

Wir haben hierzu einen Termin in unserm Sitzungs-Zimmer

auf den 9. Dezember d. J.,

Nachmittags um 3 Uhr,

anberaumt, welcher um 6 Uhr Abends geschlossen wird, und zu welchem wir Pachtlustige mit dem Bemerken einladen, daß der Pächter 1000 Rthlr. Kaution zu erlegen und das Inventarium nach der Taxe zu übernehmen hat.

Die übrigen Pachtbedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Jauer, den 22. Oktober 1850.

Der Magistrat.

Am 15. Dezember

und 15. Mai jeden Jahres, finden die Rückzahlungsverloosungen des unter solidarischer Verbindlichkeit abgeschlossenen Anlehens deutscher Fürsten, darunter Sr. königl. Hoheit Friedrich Prinz von Preußen, statt, mit Haupt-Gewinnen von 25,000, 20,000, 18,000, 16,000, 15,000, 14,000 13,000, 12,000, 11,000, 10,000 ꝛc. und abwärts bis 12 Fl. Kapital und Zinsen sind garantirt. Original-Schuldverschreibungen sind gegen Einsendung von 6 Rtl. pro Stück, in Partien billiger, nebst ausführlichem Plan zu beziehen durch die Staatseffektenhandlung

Schneider-Hoff

in Frankfurt am Main.

Auktion. Am 30. d. M., Vorm. 10 Uhr, sollen in Nr. 42 Breitestr. einige 100 Fl. verschiedene Weine aus Privatkellern und eine Partie verschiedene Cigarren versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Proklama.

Nachstehende, dem General-Pupillar-Depositorium des ehemaligen Gerichtsamtes Groß-Gorczytz verloren gegangene Schuld- und Hypotheken-Instrumente:

1) dd. Loslau, den 4. Oktober 1841, ausgestellt von dem Arrendator Samuel Koslowsky zu Groß-Gorczytz für das genannte Depositorium über 190 Rtlr., eingetragen zu Folge Verfügung vom 16. Oktbr. 1841 auf den Kretscham Nr. 37 zu Strzischow **Rubr. III.** unter Nr. 2.
2) dd. Ratibor, den 6. Mai 1847, ausgestellt von dem Malcher Lex zu Nieder-Rydultau für das genannte Depositorium über 100 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 7. Mai 1847 auf die Gärtnerstelle Nr. 62 zu Nieder-Rydultau, **Rubr. III.** unter Nr. 1.
3) dd. Loslau, den 27. Mai 1847, ausgestellt von der Wittwe Franziska Hythroschek, geb. Pasmionka, zu Klein-Thurze, für das genannte Depositorium über 400 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 27sten Mai 1847, auf das Bauergut Nr. 6 zu Klein-Thurze, **Rubr. III.** unter Nr. 2.
4) dd. Loslau, den 26. April 1847, ausgestellt von der Catharina verehel. Tatarczyk, geb. Schittko zu Nieder-Mschanna für das genannte Depositorium über 180 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 4. Mai 1847 auf das Halbbauergut Nr. 56 zu Nieder-Mschanna, **Rubr. III.** unter Nr. 3

werden hiermit Behufs ihrer Amortisation aufgeboten. Alle diejenigen, welchen auf diese Forderungen und auf die über dieselben ausgestellten Instrumente als Eigenthümern, Cessionarien, Pfand- oder anderen Briefs-Inhabern irgend ein Recht zusteht, haben sich zur Geltendmachung ihrer Rechte in dem auf

den 23. Januar 1851, Vorm. 11 Uhr

hierorts im Dr. Kremserschen Hause, vor dem Ober-Gerichts-Assessor Polko anstehenden Termine zu melden, widrigenfalls die Ausbleibenden mit ihren etwaigen Ansprüchen werden präkludirt, und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen wird auferlegt werden.

Rybnik, den 5. Sept. 1850.
Königl. Kreis-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

Die Commune Grünberg soll in Folge höherer Anordnung schleunigst nach Glogau und Umgegend:

a) Graupe . 15 Ctnr. 96 Pfd.,
b) Grütze . 15 „ 96 „
c) Rogen . 259 Schfl. 12 Mtz.,
d) Hafer . 1602 „ 10 „
e) Heu . . 180 Ctnr.,
f) Stroh . 23 Schock 25 Bund

liefern. Diejenigen, welche diese sämmtlichen Naturalien in magazinmäßiger Güte für uns nach dem Bestimmungsorte liefern wollen, werden im Wege der Submission ersucht, ihre Forderungen in portofreien, verschlossenen Schreiben an uns sofort, spätestens aber zum 8. Dezember d. J. einzureichen, und gleichzeitig anzugeben, welche Sicherheit für die gehörige Lieferung sie zu bieten vermögen.

Grünberg, den 26. November 1850.
Der Magistrat.

Galmei-Licitation.

Höherem Auftrage zufolge werde ich am 3. Dezember d. J., Nachmittags 2 Uhr, im Zechenhause der Karl-Gustav-Grube
1300 Ctnr. weißen Stückgalmei,
1200 „ Waschgalmei
unter den bisher üblichen Bedingungen meistbietend verkaufen.

Beuthen, den 26. Nov. 1850.
Rzychon, Schichtmeister.

In einer Provinzialstadt Schlesiens wird für ein Manufaktur- und Modewaaren-Geschäft ein **Disponent** gesucht. Christliche junge Leute, die Zeugnisse ihrer Brauchbarkeit beibringen können, wollen sich in frankirten Briefen nach Neisse wenden unter **M. T. poste restante.**

Ein Mann von 28 Jahren, einzeln stehend, der in einer magistratualischen Verwaltung während 6 Jahren und dann beim Polizei-, Justiz- und Postwesen während 8 Jahren beschäftiget ist und der sich eine tüchtige Geschäfts-Gewandheit angeeignet, wünscht sich anderweit placirt zu sehen, wo möglich beim Justizfach oder bei einem Landraths-Amte als Privat-Sekretär, Rentmeister oder Buchhalter, macht jedoch auf eine freundliche Behandlung Anspruch. Gute Zeugnisse dokumentiren seine Dienstzeit. Gefällige Offerten wird derselbe durch das Kommissions-Bureau Alexander und Comp., Breslau, Ohlauer Straße Nr. 8, entgegen nehmen, event. poste restante H. C. Strehlen.

Bekanntmachung.

Das Verfahren der Handelswelt gegen nicht preußisches Papiergeld, dessen Annahme von ihr theils ganz verweigert wird, theils auch nur mit Verlust erfolgt, nöthigt die unterzeichneten Repräsentanten der Gewerkschaften der Fürstensteiner, Weißsteiner, Hartauer, Hermsdorfer und Dittersbach-Neuhäuser Steinkohlen-Gruben zu der Erklärung:

daß die gewerkschaftlichen Beamten, namentlich die Kassen-Rendanten, Schicht-Meister und Kohlenmesser, angewiesen worden, die Annahme fremden Papiergeldes im Bereich ihrer Verwaltung, vom Tage dieser Bekanntmachung an bis nach publizirter Zurücknahme derselben, bei eigener Vertretung auszusetzen.

Waldenburg, Neu-Weißstein, Hermsdorf, Neuhaus, den 27. Nov. 1850.
Brade. Treutler. Hayn. Reiche.

Ein **Amtmann** als Stellvertreter, eine **Ausgeberin** mit 40—50 Rtl. Gehalt und ein **Kunstgärtner** werden bald oder Weihnachten verlangt. Das Nähere sagt der Commissionair **G. Meyer** in Hirschberg.

Ein routinirter **Landwirth**, mit empfehlungswerthen Zeugnissen versehen, verheirathet (ohne Familie), jetzt noch im Dienst, und militärfrei, sucht zu Weihnachten d. J. unter bescheidenen Ansprüchen ein anderweites Engagement. Auch würde derselbe auf Erfordern bald anzutreten im Stande sein. — Adressen unter **A. Z.** Nr. 6 werden zur Beförderung franco erbeten in der Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau.

Weißnäher-Arbeiten, so wie **Anfertigungen von Kleidern** werden billigst ausgeführt: Schmiedebrücke Nr 25, 2 Stiegen.

Ein Gymnasiast höherer Klasse wünscht bei einer israelitischen Familie in Breslau eine Stelle als Hauslehrer. Näheres unter der Adresse **H. R. poste restante Breslau franco.**

Weiß-Garten.

(Gartenstraße Nr. 16.)
Freitag, den 29. November 1850.
Zur Aufführung kommen unter Andern:
1. Ouverture zur Oper „der Alte vom Berge' von Benedikt.
2. Sinfonie (C-moll) von Beethoven.
3. Adelaide (arrang. f. Orchest.) v. Beethoven.

Café restaurant.

Neuntes Abonnement-Konzert der Philharmonie. Zur Aufführung kommt **Symphonie eroica,** von L. v. Beethoven. Anfang 6 Uhr. Ende 10 Uhr. Entree für Herren: 5 Sgr. Damen: 2½ Sgr.

Gefunden: ein Porte-Monnai; abzuholen: Nikolai-Straße Nr. 15.

Einen brauchbaren kräftigen Haushälter weiset zum sofortigen Antritt nach:
Oppler, Karlsplatz Nr. 4.

Einen Transport frischer
Hasen,
gespickt à 15 Sgr., so wie frisches **Rehwild,** à 1 Rthlr. — 1½ Rthlr. die stärksten Keulen, offerirt: **J. Seeliger,** Neumarkt-Ecke.

Ein Gewölbe nahe am Ringe

ist zu vermiethen. Auskunft ertheilt Herr Chokoladen-Fabrikant **Weinrich,** Hintermarkt Nr. 1.



Ein Transport Reitpferde sind angekommen und stehen zum Verkauf nur bis Sonntag Mittag: Nikolai-Vorstadt, gegenüber dem Kronprinzen, Nr. 75.

Frische starke Hasen,

das Stück gut gespickt 17 Sgr.;
frische Großvögel,
das Paar 3 Sgr., empfiehlt **Frühling,** Wildhändlerin, Ring Nr. 26, im goldnen Becher.

Große pomm. Gänsebrüste, geräucherte Silberlachse

empfingen und empfehlen:
Lehmann u. Lange, Ohlauerstr. 80.

Kieler Sprotten

empfingen wieder:
Gebrüder Knaus,
Kränzelmarkt Nr. 1.

Holsteiner Austern

bei **Lehmann u. Lange,**
Ohlauerstraße Nr. 80.

Schweinborsten,

rohe, werden gekauft und dafür die höchsten Preise bezahlt: Neueweltgasse Nr. 31.

Eine gut eingerichtete **Seifensiederei** mit genügendem Wohnungs- und gut gelegenen Verkaufs-Lokal ist bald in Militsch pacht- oder auch kaufsweise zu übernehmen. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen Herr Buchdruckereibesitzer **Lachmann** in Militsch.

Militär-Matratzen

von Waldwolle, dergl. **Kopfpolster** und Militär-**Decken** empfiehlt:
C. G. Fabian, Ring Nr. 4.

Stähre-Verkauf.

Das Dom. Nieder-Schönau (Oelsner Kreis) empfiehlt circa 25 Stück schöne 3- und 2jährige Schafböcke und 60 Stück zur Zucht ganz brauchbare Mutterschafe zeitgemäß billig zum Verkauf. Die Heerde ist durch ausgeglichene Feinheit und Wollreichthum hinlänglich bekannt, völlig gesund und frei von erblichen Krankheiten. Das Nähere bei dem Wirthschafts-Amt zu erfragen.

Frische Rehrücken,

d. Stück 1 Rthlr. bis 2¼ Rthlr.; **Rehkeulen,** d. Stück 25 Sgr. bis 1½ Rthlr., sowie **frische Fasanen** empfiehlt:
Wildhändler **R. Koch,** Ring Nr. 9.

Huf-Nägel sind vorräthig bei Johann Ludwig Böhm's Erben.

Der Stähr-Verkauf

in der Stammschäferei des Dominii Giesdorf (¾ Meile von der Kreisstadt Namslau entfernt) findet in diesem Jahre vom 1. Dezember an statt.

Auch stehen daselast **150 Stück** gesunde, zur Zucht vollkommen taugliche **Mutterschafe,** die nach der Schur übernommen werden können, zum Verkauf.

Verlorener Hühnerhund.

Ein schwarzer Hühnerhund, auf den Namen „Morro" hörend, ist am 24. Novbr. verloren worden; selbiger trug an einem schwarzen Halsriemen eine Platte mit der Inschrift: M. Rogge, Zimmermeister, Tauenzien-Straße Nr. 11. Der Finder des Hundes wird ersucht, selbigen an den Zimmermeister Rogge, Bahnhofs-Straße in der „Lokomotive" gegen eine Belohnung und Erstattung des Futtergeldes abliefern zu wollen.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Staatsminister v. Manteuffel, Geh. Rath Graf Eulenburg, Geh. Legationsrath Abeck und Geh. Sekretair Kretschmer aus Berlin. Graf v. Stollberg aus Oberschlesien. Graf Hoyos Sprinzenstein und Dr. Tester aus Wien. Engl. Gesandtschafts-Sekretär Haveland aus Wien kommend. Erzieherin Verschaux aus Lausanne.

Markt-Preise.

Breslau am 28. November 1850.

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	57	55	53	49	Sgr.
Gelber dito	55	53	51	49	„
Roggen . . .	46	44	42	39	„
Gerste . . .	30	28	27	26	„
Hafer . . .	28	27	26½	25½	„
Rothe Kleesaat	11	10½	9½	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	11	10½	9½	7—8	Rtl.
Spiritus . .	7¾ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl in loco würde in zweiter Hand etwas à 11¼ Rtl. käuflich sein, während direkt bei den Oelmühlen nichts unter 11⅔ Rtl. zu haben ist.

In Zink ging in diesen Tagen einiges um, und es wurde loco Waare von 4¼ Rtl. bis 4 Rtl. 11 Sgr. bezahlt.

27. u. 28. Nvbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"6,48"'	27"7,26"'	27"8,76"'
Thermometer	+ 4,5	+ 4,0	+ 5,2
Windrichtung	NW	NW	NW
Luftkreis	bedeckt	bed. Rg.	bed. Rg.

In meinem Verlage erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen, in **Breslau** durch **Graß, Barth u. Comp.,** Herrenstraße Nr. 20:

Geognostische Karten unseres Jahrhunderts.

Zusammengestellt von **Bernhard Cotta,** (Prof. der Geognosie in Freiberg.)
Gr. 8. Geh. Preis 16 Sgr.

Gangstudien,

oder Beiträge zur Kenntniß der Erzgänge.
Herausgegeben von **Bernhard Cotta,** (Prof. der Geognosie in Freiberg.)
Erster Band. Viertes Heft.
Gr. 8. Geh. Preis 1 Rthl. 6 Sgr.

Mit diesem Hefte ist der erste Band vollendet, und kostet derselbe komplett mit zehn Tafeln Abbildungen 4 Rthl.

Freiberg, im Oktober 1850. **J. G. Engelhardt.**

Bei **Graß, Barth u. Comp.** ist so eben eingetroffen aus dem Verlage von Grieben in Berlin:

Neues praktisches Handbuch

für Brennerei- und Brauereibesitzer, Destillateure, Essig- und Liqueur-Fabrikanten, so wie für jeden Geschäftsmann.

Enthaltend: Die Anweisungen zur Bereitung der wichtigsten Produkte der Brennerei und Brauerei, Destillation ꝛc. Mit Berücksichtigung neuer, ganz besonders ergiebiger Vortheile.
Von F. Heinrichs, ehem. Brennereibesitzer.
Zweite verm. Auflage. 15 Sgr.

Soeben erschien bei Oehme u. Müller in Braunschweig und ist in **Breslau** vorräthig bei **Grass, Barth u. Comp.,** sowie in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angrenzenden Länder:

Die Cholera-Epidemie,

deren Verlauf, naturgemässe Behandlung und Beurtheilung.
Nach eigenen Beobachtungen und Erfahrungen
von **Dr. med. Carl Rosenthal.**
Preis 7½ Sgr.

Diese Schrift, für Aerzte sowohl wie für Gebildete überhaupt bestimmt, verbreitet neues Licht über das Wesen der gefürchteten Krankheit und giebt die Mittel an die Hand, ihr mit Sicherheit entgegenzutreten, wie eine reiche Praxis des Verfassers und die aus Fabelhafte grenzenden, glücklichen Erfolge seiner Behandlungsweise es in Braunschweig documentirt haben.

Bei **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau,** Herrenstraße Nr. 20, ist soeben angekommen:

Praktisches Handbuch

für Destillateure, Branntweinbrenner, Gastwirthe u. Kaufleute.

Enthaltend gründliche Anweisung über Bereitung
des Spiritus und Branntweins
mit mehr als **500** der besten und billigsten
Recepte zur Fabrikation
der Breslauer, Berliner, Danziger, Stettiner, Graudenzer, Magdeburger, Chemnitzer und franz. doppelten und einfachen Liqueure, Rosoli's, Crêmes, Ratafia's ꝛc., sowohl auf der Destillirblase als auch auf kaltem Wege mit ätherischen Oelen. Ferner die Fabrikation des Arak, Rum, Cognac, Eau de Cologne und vieler Essenzen, Tinkturen und Farben, sowie der Bereitung der Kunsthefen ꝛc.
Durch die Praxis erprobt von **C. W. G. Pistorius.**
Preis 1 Thlr.
Verlag von F. A. Reichel in Bautzen.

Bei G. W. Körner in Erfurt ist erschienen und bei **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau,** Herrenstraße Nr. 20 vorräthig:

Crüger, F., Grundzüge der Physik, mit Rücksicht auf Chemie, und mit besonderer Hervorhebung der neuesten Entdeckungen; für die mittlere physikalische Lehrstufe bearbeitet 12 Sgr.
Grube, A. W., der Elementar- und Volksschul-Unterricht von seiner ästhetischen Seite im Zusammenhange dargestellt. 24 Sgr.
Kriebitzsch, Th., deutsche Gedichte für Schulen erläutert. 15 Sgr.
Pechner, F., die Redeübungen in Volksschulen, Schullehrer-Seminarien und Fortbildungs-Anstalten für künftige Landwirthe und Handwerker, theoretisch u. praktisch. 24 Sgr.

Lebens-Versicherung preußischer Militärs

bei der

Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Die gegenwärtigen Verhältnisse des preußischen Militärs veranlassen uns, die bei unserer Gesellschaft für Versicherungen von Militär-Personen statutenmäßig bestehenden Bestimmungen nochmals zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

I. Als Regel gilt der Grundsatz:

daß die Versicherungen derjenigen Militär-Personen, welche als solche ihr Leben bei der Gesellschaft versichert haben und ferner versichern, sowie derjenigen als Civilisten bei derselben Versicherten, welche seit der genommenen Versicherung in den Militärdienst eingetreten sind, mit Ablauf von **vier** Wochen von dem Tage ab erlöschen,

„an welchem der Truppentheil, zu dem sie gehören, auf den Feld-Etat gesetzt wird."

Hierunter ist **der** Zeitpunkt zu verstehen, von welchem ab der betreffende Truppentheil **eine zeitweise Erhöhung des stehenden Militär-Gehalts vom Staate bezieht.**

Die Gesellschaft erstattet jedoch den aus diesem Grunde ausscheidenden Militärs die vorausbezahlte Prämie von dem gedachten Tage ab, und außerdem von sämmtlichen Prämien, welche sie bis zu diesem Tage bezahlt haben, **dreißig** Prozent.

Diese Vergütung muß unmittelbar bei der Direktion in Anspruch genommen werden, und **das Recht auf dieselbe erlischt, wenn dies nicht binnen vier Wochen von dem bezeichneten Tage ab geschieht.**

II. Die Gesellschaft gestattet aber auch den **auf Lebenszeit** bei ihr versicherten **preußischen** Militärs, vom Unteroffizier und Wachtmeister einschließlich aufwärts, desgleichen Militär-Aerzten und Chirurgen die **Ausdehnung** der Versicherung auf Kriegsgefahr unter den in den von ihr veröffentlichten „Grundsätzen für Versicherungen von Militär-Personen" in Bezug auf Kriegsgefahr gestellten Bedingungen, für eine jährliche Zusatz-Prämie von drei Prozent des versicherten Kapitals, und zwar von dem Tage ab gerechnet, an welchem der Versicherte auf den Feld-Etat (siehe oben) gesetzt ist.

Der Antrag auf diese Zusatz-Versicherung muß, bei Verlust des Anspruchs auf dieselbe, ebenfalls binnen der obengedachten vier Wochen unter Beifügung des in den Grundsätzen für Versicherungen gegen Kriegsgefahr vorgeschriebenen Attestes und der einjährigen Zusatz-Prämie, und zwar unmittelbar bei der Direktion eingereicht werden.

Den bei der Gesellschaft auf Lebenszeit versicherten Civilisten, welche in einen bereits auf dem Feld-Etat stehenden Truppentheil eintreten, wird die Ausdehnung der Versicherung auf Kriegsgefahr, unter den nämlichen Bedingungen binnen vier Wochen vom Tage ihres Eintritts ab, gestattet.

Neue Lebens-Versicherungen von Militär-Personen, welche bereits auf dem Feld-Etat stehen, werden nicht angenommen.

Antrags-Formulare zu dergleichen Zusatz-Versicherungen, sowie gedruckte Exemplare der „Grundsätze für Versicherungen gegen Kriegsgefahr" werden die Agenten der Gesellschaft jedem bei der letzteren versicherten Militär auf Verlangen aushändigen, auch den etwa gewünschten sonstigen Beistand leisten.

Berlin, den 19. November 1850.

Direktion der Berlin. Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Die Berliner allg. Wittwen-Pens.- u. Unterst.-Kasse

beginnt mit dem 1. Jan. k. J. ihr 29. Semester. Ihr Vermögen beträgt 315,770 Thlr., die Zahl der Wittwen (die zusammen 14,210 Thlr. Jahrespension beziehen) 128, und die Anzahl der Mitglieder 996, welche ihren resp. Frauen zusammen 109,780 Thlr. jährliche Wittwen-Pension und 27,445 Thlr. Begräbnißgeld gesichert haben. Anmeldungen und Beiträge werden von mir befördert und Reglements à 3 Sgr. verabreicht.

Breslau, den 18. Novbr. 1850. **J. Müllendorff,** Taschenstraße Nr. 28.

Die Stähre der Groß-Hoschützer Schäferei

stehen vom 1. Dezember d. J. an, zu sehr billigen aber festen Preisen, zum Verkauf bereit. Die Heerde ist bekanntlich frei von erblicher Krankheit.
Groß-Hoschütz, an der Ratibor-Troppauer Chaussee.

Karrirte und gestreifte Flanelle

werden zu sehr billigen Preisen verkauft in der Leinwand- und Schnittwaaren-Handlung **Metzenberg und Jarecki,** Kupferschmiedestraße Nr. 41, zur Stadt Warschau.

Bei **Joh. Urban Kern,** Ring Nr. 2, ist zu haben:

Die Gemeinde-Ordnung für den preuß. Staat.

Gesetz vom 11. März 1850.
Gr. 8. Geh. Preis 2 Sgr.
(Bei Bestellungen von **12 Exemplaren** das **13. gratis.**)

Durch alle schlesischen Buchhandlungen ist zu beziehen, in Posen durch **Mittler:**

Spezial-Karte von Schlesien und der Grafschaft Glatz

entworfen und gezeichnet von
F. J. Schneider, Ober-Feuerwerker in der königl. preuß. 6. Artillerie-Brigade.
4 Blatt, 4 Fuß 4 Zoll breit, 3 Fuß 13 Zoll hoch. Preis 4 Rthlr.
Gebunden in Buchform 5 Rthlr. 20 Sgr.
Breslau. **Graß, Barth u. Comp.,** Verlagsbuchhandlung.

So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Uranos.

Synchronistisch geordnete Ephemeride aller Himmelserscheinungen des Jahres 1851. Erstes Semester. Zunächst berechnet für den Horizont der Sternwarte zu Breslau, aber auch für jeden Ort unseres Erdtheils eine tägliche treue Darstellung der wechselnden Erscheinungen am Himmel.
Herausgegeben von der königlichen Universitäts-Sternwarte zu Breslau.
Lex. 8. broch. 1 Thaler.
Breslau. **Graß, Barth u. Comp.,** Verlagsbuchhandlung.

Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Verhandlungen des schlesischen Forstvereins 1850.

8. br. 1 Thlr. 5 Sgr.
Breslau. **Graß, Barth u. Comp.,** Verlagsbuchhandlung.

So eben ist in neuer Auflage erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Sammlung christlicher Lieder

für evangelische Gemeinen
zur öffentlichen und stillen Erbauung.
(Jauersches Gesangbuch.)
8. 49 Bogen. 12½ Sgr.
Graß, Barth u. Comp., Verlagsbuchhandlung.

Um öfteren Nachfragen zu genügen, haben wir **Monat- und Datum-Stempel** für Aemter, in Zahlen von 1 bis 31 zusammengegossen, anfertigen lassen. Der Satz derselben ist gegen frankirte Einsendung des Betrags von 15 Sgr. zu haben bei
Graß, Barth u. Comp. in Breslau.

Der Ausverkauf von Lampen und lackirten Waaren,

Schweidnitzer und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 5, eine Treppe, dauert nur noch bis zum Weihnachts-Feste, und werden wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts alle Gegenstände **25 Prozent unter dem Selbstkostenpreise** verkauft.

Alle Arten Militär-Kleidungsstücke werden prompt und sauber in kürzester Zeit vorschriftsmäßig angefertigt und alle übrigen dazu gehörigen Militär-Effekten besorgt im ersten

Herren-Kleider-Magazin

der hiesigen

vereinigten Schneider-Meister.

Schuhbrücke Nr. 8, goldene Waage.

Große geräucherte
Silber-Lachse
empfing und empfiehlt:
C. J. Bourgarde,
Schuhbrücke Nr. 8, goldene Waage.

Vermiethungs-Anzeige.

Das Grundstück Nr. 7.8 in der Kurzengasse mit einem großen Obst- und Gemüsegarten soll vom 1. Januar 1851 ab im Ganzen verpachtet werden.

Das Nähere beim Kommissions-Rath **Hertel,** Seminargasse 15.

Vermiethungs-Anzeige.

Die Bude unter den Leinwand-Buden die 8te, auch Pfefferkuchentisch Nr. 1 genannt, ist von Weihnachten c. ab zu vermiethen und zu beziehen. Das Nähere beim Kommissions-Rath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 37 Albrechts-Straße ist die 3. Etage, eine geräumige Wohnung, sofort oder von Weihnachten c. ab zu vermiethen und zu beziehen. Das Nähere daselbst bei Herrn Kfm. **Kohn** so wie beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. / 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Abd.; von Oppeln 9 U. 45 M. M[rg.]
Abg. nach / Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	8¼ U. M., 5¾ U. NM. / 10½ U. M., 7 U. Ab. — Güter-züge: 7 U. M., 11¾ U. V[M.] / 9 U. M., 6½ U. NM.
Abg. nach / Abg. von	Freiburg		8 Uhr Mrg., 1 U. 30 Min. Nachm. / 6 Uhr 30 Min., 4 U. Nachmittags.
Abg. von	Schweidnitz		nach Breslau 6 U. 20 M. Mrg., 3 U. 50 M. Nchm. / nach Freiburg 2 U. 40 M.; von Königszelt nach Schweidnitz 4 U. 20 M.

Außer der Sonn- und Feiertage geht täglich 3 Uhr 15 Min. von Breslau nach Freiburg ein Güterzug, welcher auch Personen befördert.

Börsenberichte.

Breslau, 28. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or — — Louisd'or 111¼ Br. Polnisch Courant 92 Gld. Oesterreichische Banknoten 71¼ Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine 114 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 100 Br. Neue Staats-Anleihe 4½ % 93 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 76 Gld. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % — — Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 97¾ Br., neue 3½ % 84 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 89¼ Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 98 Br., Litt. B. 4 % 94½ Br., 3½ % — — Alte polnische Pfandbriefe 92 Gld., neue 91½ Gld. Polnische Schatz-Obligationen 70 Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. — — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % — — Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 100½ Br., Litt. B. 94 Gld. Krakau-Oberschlesische 53 Gld. Niederschlesisch-Märkische 72 Gld., Priorität 5 % — — Serie III. — — Neisse-Brieger — — Köln-Mindener — — Priorität — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 30½ Gld. — Geld- und Fonds-Course. Amsterdam 2 Monat 141⅓ Gl. Berlin 2 Monat 99⅚ Gl., k. Sicht 100½ Br. Hamburg 2 Monat 150 Br., k. Sicht 151⅚ Br. London 3 Monat 6. 19⅔ Br. Paris 2 Monat — —

Berlin, 27. November. Auf das Gerücht einer in Aussicht stehenden friedlicheren Wendung der deutschen Angelegenheit war die Börse Anfangs zu merklich höheren Coursen sehr animirt, später indeß durch mehrseitige Verkäufe wieder gedrückt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 85, 87, 86 bez., Priorität 5 % 93½ à 9[…] bez. Krakau-Oberschlesische 4 % 50, 51, 50 bez., Priorität 4 % — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 28½, 30, 29¾ bez., Priorität 5 % — — Niederschlesisch-Märkische 3½ % 70, 72, 71 bez., Priorität 4 % — — Priorität 5 % 95 Gld.. Serie III. 5 % 94 Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 3½ % 96¼, 98, 97 bez., Litt. B. 3½ % 95 Br. 94 Gld. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 98½ à 99¼ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 75 à 76½ bez. und Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 115 Br. Posener Pfandbriefe 4 % 97½ Gld., 3½ % 84 bez. Preußische Bank-Antheile 80¼, 83½, 83 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 92 Br., neue 4 % 91½ B[r.] Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 76½ bez., à 300 Fl. 134 Br.

Wien, 27. November. Bei sehr beschränktem Umsatze haben sich Metalliques heute gebessert, wogegen andere Papiere, besonders Bank- und Nordbahnaktien zurückgegangen sind. Comptanten und Wechselcoursen ist eine Reaktion von 10 bis 15 % eingetreten, doch waren Geschäfte darin fast null. Silber nichts gemacht. Am Schlusse Bank- und Industrie-Aktien beliebter.

5 % Metalliques 87, 4½ % 76¾ bis 77; Nordbahn 114 bis ¼: Hamburg 2 Monat 196; London 3 Monat 13. 40.; Silber — —

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.